Deutsch-russische Beziehungen 1918-1925

von

Dr. Ernst Seraphim



1925

VERLAG HERMANN SACK, BERLIN

Deutsch-russische Beziehungen 1918-1925

von

Dr. Ernst Seraphim



1925

VERLAG HERMANN SACK / BERLIN

Als ein Mann, dessen ganzes Berufsleben sich bis zum Oktober des Jahres 1919 auf dem Boden des alten Rußland abgespielt und der Rußlands Politik und das russische Volk und Land bis tief nach Sibirien hinein persönlich kennen gelernt hat, glaube ich, ein Recht zu haben, bei der Beurteilung der Entwicklung des Rußlands seit dem Weltkriege und vollends seit der Revolution in Deutschland, wo die Kenntnis russischer Zustände eine so verblüffend oberflächliche ist, mich zum Wort zu melden. Mir ist zaristisches Regiment und bolševistischer Terror aus eigenem Erleben wohl, oft schmerzlich genug, bekannt geworden, ich darf wohl auch sagen, daß mir die Volksseele der Russen, über die man sich in Deutschland unendlich unklare Vorstellungen macht, nicht unbekannt ist. Als Historiker und nun über dreißig Jahre mit russischen Problemen mich befassender Journalist hoffe ich, meinem Volke dadurch nützen zu können, wenn ich es vor Illusionen in bezug auf den russischen Osten warne, vor dem Schlagwort „ex oriente lux", so selbstverständlich es auch ist, daß die Wiedereinfügung des russischen Riesenreiches in die Weltwirtschaft ein Ziel, aufs sehnlichste zu wünschen, ist. Aber ich möchte zu Geduld raten — die Zeit arbeitet oft nicht so schnell, wie unsere Wünsche es verlangen.

Ich halte mich um so mehr verpflichtet, meine Anschauungen zum Ausdruck zu bringen, als in letzter Zeit mit einem nicht zu verkennenden System und einem gewissen Raffinement, unter sichtlicher Mitarbeit von Sovětkreisen in Deutschland, ein Feldzug eröffnet worden ist, der die Zustände in der Sovět-Union in rosigem Lichte erscheinen läßt und die Kritik an den vorliegenden Verhältnissen als grundlose Gefühlsergüsse baltischer oder russischer nörgelnder Emigranten hinstellen will. Es ist diesen Kreisen auch gelungen, in gewissen Berliner Kreisen, in denen man sich bedingungslos für alles „Oestliche" erwärmt, Fuß zu fassen und leider auch in einigen angesehenen deutschen Zeitungen zu Gehör zu bringen. Je größer das Erwachen der deutschen Wirtschaft aus ihren Träumen ist, desto krampfhafter wird das Bemühen dieser Propaganda, deren Gefährlichkeit gerade für die auf der Hand liegt, die an einer ehrlichen Verständigung mit dem Rußland der Zukunft arbeiten.

Königsberg i. Pr., August 1924.

Dr. Ernst Seraphim.

I.

Der Weltkrieg hat die alten traditionellen Beziehungen zwischen Deutschland — fast sollte man hier Preußen sagen — und Rußland unterbrochen, und was im Gefolge des Weltkrieges hüben und drüben entstanden ist, ist nicht mehr das Alte. Während bei uns aber doch die fundamentale Gesellschaftsordnung und die Grundlagen eines Rechtsstaates erhalten sind und neuerlich das Bestreben weiter deutscher Volkskreise darauf gerichtet ist, die Fäden mit der Vergangenheit nicht abreißen zu lassen, sie vielmehr fester zu flechten, sehen wir im Rußland der Sovětunion einen so radikalen Bruch mit dem Früheren, einen so ausgesprochenen Vernichtungswillen gegenüber dem „kapitalistischen" und bürgerlichen Staat und der ihn stützenden Gesellschaftsstruktur, daß keine Brücke von West nach Ost und umgekehrt hinüberzuführen scheint. Das russische Riesenreich ist aus der Weltwirtschaft so gut wie völlig ausgeschaltet, es lebt ein eigenes Leben für sich und, so schwer der Druck des Kommunismus auf dem unglücklichen Lande auch lastet, dessen Machthaber, vollends seit Lenins Tode, von Mißerfolg zu Mißerfolg im Innern schreiten, so wird damit gerechnet werden müssen, daß bei der Passivität der russischen Massen, der Vernichtung der bürgerlichen Intelligenz und der Herrschaft der roten Truppen, die Grundlagen des Systems noch geraume Zeit aufrechterhalten bleiben werden. Das Problem, an dessen Lösung kaum ein anderes Volk mehr als das deutsche interessiert ist, wie nämlich zwischen Europa und dem kommunistischen Rußland wenigstens ein Kompromißzustand herbeigeführt werden könnte, ist heute noch ungelöst, so viel Wege man auch zu beschreiten versucht hat.

Nicht zu zeigen, wie die Fäden entwirrt, wie die politisch und wirtschaftlich gleich wichtige Aufnahme der deutsch-russischen Beziehungen grundsätzlich vor sich gehen kann, soll in Nachfolgendem versucht werden. Der Verfasser gesteht offen, daß er die Sphinx des russischen Lebens, wenn anders man es heute noch „Leben" nennen kann, nicht zu enträtseln vermag, obwohl er ein Menschenalter hindurch mit russischen Fragen sich beschäftigt hat und Land und Leute kennt. Seine Aufgabe kann es nur sein, darzulegen, wie in den Jahren seit dem Zusammenbruch des zaristischen Rußland Deutschland und Sovětrußland zueinander gestanden haben und was unternommen worden ist, um zu einem leidlichen Verhältnis zu gelangen. Daß

es für Deutschland, das in Europa viele Feinde und wenig Freunde hat, geradezu eine Lebensfrage bedeutet, sich den Weg nach Osten, der in früheren Jahrhunderten so oft beschritten worden ist, wieder zu öffnen, wahrlich nicht zum letzten zu Nutz und Frommen Rußlands selbst, braucht nicht erst bewiesen zu werden. Das Tragische liegt aber darin, daß von uns nicht zu ändernde Umstände die Verwirklichung dieser beiderseitigen Lebensnotwendigkeiten unendlich erschweren, ja bisher — wenn wir ehrlich sein wollen, so müssen wir das offen sagen — unmöglich gemacht haben.

Welche Fülle von Geschichte liegt doch in den Worten „Wir und Rußland"! Der russische Chronist Nestor, der uns von der Berufung der normannischen Warägerfürsten aus Schweden gegen Ausgang des achten Jahrhunderts nach Rußland berichtet, die dann Novgorod am Ilmensee und im Jahrhundert vor der Jahrtausendwende Kiev gründeten, erzählt, die russischen Sendboten hätten ihre Bitte mit den Worten begründet: „Unser Land ist groß und reich, nur die Ordnung fehlt. Kommt zu uns und herrscht über uns!" Der Mangel an staatlichem Sinn und an Organisationsgaben ist dem Russen im Laufe der Jahrhunderte geblieben. Die Deutschen sind seine Lehrmeister auch späterhin gewesen. Schon zu Ivan des Schrecklichen Zeit, um die Mitte des XVI. Jahrhunderts, wurden deutsche Waffenmeister und Handwerker aller Art nach Moskau gezogen. In der „deutschen Vorstadt" bei Moskau wurde schon ein Jahrhundert vor Peter dem Großen ein Zentrum kultureller Anregung geschaffen, der große russische Reformator hat hier seine bleibenden ersten Anregungen erhalten. Die „deutsche Periode" — Licht und Schatten aufweisend — hat nach seinem Tode dem Reich ihren Stempel aufgedrückt. Die Ernst Johann Biron, die Münnich, Ostermann, Ludolf von Bismarck stehen im Mittelpunkt von Verwaltung, Politik und Armee. Unter den Zaren aus dem Hause Holstein-Gottorp finden wir baltische Staatsmänner, hohe Generale und Beamte überall an erster Stelle. Mit dem Beginn des XIX. Jahrhunderts wird die deutsche Universität Dorpat auf lange hinaus die Quelle, aus der auch das Ostreich seine geistigen Anregungen schöpft. Tausende von Jüngern jener Hochschule und später des Polytechnikums in Riga arbeiteten als Aerzte, Juristen, Beamte, Landwirte, Militärs über das weite Reich als Sauerteig — oft als Kulturdünger. Zur Hebung der Landwirtschaft rufen Katharina II. und Alexander I. deutsche Kolonisten nach Südrußland und an die Wolga. Diese schaffen blühende wirtschaftliche Mittelpunkte und legen ein Netz von Tochterkolonien über Polen, die Schwarzerdgouvernements, den Kaukasus und tief nach Sibirien hinein. Keine größere Stadt, wo nicht deutsche Handwerker und Kaufleute sich seßhaft machen, und, auch wo sie gute Deutsche bleiben, wozu die evangelische Kirche das meiste beiträgt, ergebene und treue Söhne ihrer neuen Heimat werden. Auf den großen Gütern der

russischen Magnaten wird der deutsche Verwalter bald unentbehrlich. Der ehrliche und pedantische „Karl Karlovič" wird zum Typus in der russischen Literatur. Nicht, daß der Deutsche dem Russen gerade besonders sympathisch ist, dazu sind beide doch zu verschieden — Pflicht und Ordnung auf der einen Seite, gefühlsmäßige Unzuverlässigkeit und slawische Weichherzigkeit auf der anderen, stehen sich gegenüber — aber der Russe schätzt und bewundert den Deutschen, von dem ein bezeichnendes russisches Sprichwort behauptet, er wäre so gescheit, daß er den Affen erfunden habe. Es ist auch bezeichnend, daß ein russischer General, als Kaiser Nikolai I. ihn aufforderte, sich eine besondere Gnade auszubitten, darum bat, der Kaiser möge ihn zum Deutschen befördern. In der russischen Industrie, die namentlich durch Witte eine so große Förderung erhielt, war weniger deutsches Kapital — da überwog belgisches und englisches bei weitem — als deutsche Arbeitskraft investiert. Deutsche Ingenieure, technische Direktoren, Tausende deutscher Meister waren in den industriellen Werken angestellt. Und das deutsche Anpassungsvermögen half ihm da, sich mit dem Unternehmen und mit den Leuten in ein engeres, persönlicheres Verhältnis zu bringen, als das Belgier, Engländer, Franzosen und Amerikaner vermochten, denen Rußland lediglich ein zu exploitierendes Land blieb, in dem sie sich fremd fühlten und das sie zu verlassen strebten, sobald sie genug verdient hatten. An dieser grundsätzlichen Wertschätzung der Deutschen, die in russischen Augen die eigentlichen Ausländer waren, die er kannte, änderte im Grunde auch die Hetze der von englischem Gelde erkauften einflußreichen Residenzzeitung „Novoe Vremja" und anderer Blätter nichts. Nur einzelne Kreise zeterten über die angebliche wirtschaftliche Tyrannei der Deutschen, die „Německoe Zasilie", ohne zu ahnen, daß die englische während des Krieges noch weit drückender sein würde. Die große Masse des Volkes wurde von diesen Treibereien nicht eigentlich berührt, sie lebte in Stadt und Land mit dem fleißigen, bequem zu nehmenden und oft nur zu entgegenkommenden Deutschen in freundlichem Einvernehmen, getreu der russischen Devise: „Leben und leben lassen." Diese Tatsache stößt, psychologisch gesehen, auch der Ausbruch zügellosen, halbtierischen Deutschenhasses in Petersburg, und namentlich in Moskau, während des Krieges nicht um. Die blutigen Massakre in Moskau im Mai 1915 waren von den Behörden künstlich aufgeputschte Episoden.

Der Krieg gegen Deutschland — ein Unglück für beide Völker — war mit Ausnahme der linksdemokratisch und radikal orientierten Intelligenz und der panslavistisch fühlenden Offizierskreise — alles andere als volkstümlich. Im Gegenteil: „Imperator Wilhelm" galt den Russen als Vorbild eines Monarchen, wobei Vergleiche mit dem eigenen Zaren nicht gerade zu dessen Gunsten ausfielen. Auf den Schlachtfeldern des Weltkrieges

haben später die Gegner immer mit Achtung voneinander gesprochen, und russische Soldaten sind von den kulturellen Eindrücken, die sie in Ostpreußen erhielten, geradezu überwältigt worden. Diese deutsche Reinkultur dünkte ihnen etwas Märchenhaftes. Tausende sagten, so wollten sie es zu Hause nach dem Kriege auch einrichten. So können wir denn gewiß ohne Uebertreibung sagen, die alten engen Beziehungen zwischen hüben und drüben, verwurzelt in Tradition, geographischer Nachbarschaft und menschlichem Verstehen, wären nach dem Kriege rasch wieder dieselben wie früher geworden — wenn die rote Revolution nicht in Rußland die Fundamente allen normalen Lebens zertrümmert hätte. Wenn es noch einen Beweis für die Stärke deutsch-russischer Beziehungen, die gleichsam eisernes Inventar geworden waren, bedürfte, er ließ sich aus der Stellung der russischen bürgerlichen Gesellschaft erbringen, als diese von der roten Revolution getroffen wurde. Die russischen Patrioten haben damals alle auf den bisherigen Feind, den Deutschen, den Träger von Zucht und Ordnung, gehofft und es bitter empfunden, daß das stolze Deutschland sich mit den Joffe, Trocki und den anderen „Roten" an den Tisch zu Brest-Litovsk setzte. Mit banger Erwartung sah die niedergetretene bürgerliche Gesellschaft in Petersburg, ja in Moskau auf Kaiser Wilhelm und seine sieghaften Soldaten, erhoffte alles vom Abbruch der Verhandlungen, wartete auf die Befreiung durch die Deutschen. Der erst 1920 gegen Radek ausgewechselte Hauptmann Franz Cleinow („Bürger, Arbeiter, rettet Europa! Erlebnisse im sterbenden Rußland." Verlag: Die Einheitsfront, Berlin W 10.) schrieb bei der Schilderung der furchtbaren Greuel in Kiev: „Es sei bemerkt, daß damals eine ungeheure Sehnsucht nach der früheren deutschen Besetzung durch die ganze Bevölkerung ging. Man verzieh ihr alle Fehler und gedachte jener Zeiten wie eines verlorenen Paradieses. Wir können uns bei den Bolschviken bedanken, daß alle hoffen, daß schließlich doch einmal die Deutschen wiederkommen werden, um die Ordnung wieder herzustellen, die außer ihnen kein anderes Volk bringen könnte." Ganz ähnliche Sehnsüchte lebten in der Krim. Nichts aber spricht stärker für den völligen Umschwung zugunsten der Deutschen, als daß Miljukov, der wütende Deutschenfeind und radikale Demokrat, plötzlich sein deutsches Herz entdeckte und mit deutschen Regierungs- und Militärstellen in Verbindung trat. Man muß das alles in der Nähe selbst miterlebt haben, um sich von dieser allgemeinen Stimmung ein rechtes Bild machen zu können. Wären die Deutschen damals im Spätherbst 1917 in Petersburg eingezogen, jubelnd wären sie von allen als Befreier begrüßt worden, und nach menschlicher Voraussicht wäre die Bolševikenherrschaft zusammengebrochen. Bei der Neuerrichtung Rußlands aber hätte Deutschland dann die ausschlaggebende Rolle gespielt, hätte sich hier auf die Dauer als wahrer

Freund erweisen können. Nicht nur General Hoffmann hat diese Gedanken in seinen bekannten Aufzeichnungen mit Lebhaftigkeit verfochten, auch Hindenburg spricht in seinen Erinnerungen von diesen Plänen und bemerkt: „Offen gestanden würde den Vormarsch auf Petersburg niemand lieber durchgeführt, als ich selbst. Ich verstand daher das Drängen unserer Truppen und unserer Führer, das Vorgehen mindestens bis zum Peipus-See fortzusetzen." „Allein", führt er fort, „wir mußten auf die Ausführung dieser gewiß sehr schönen Gedanken verzichten. Unsere Aufmerksamkeit mußte sich vom Rigaschen Meerbusen der Küste des Adriatischen Meeres zuwenden." So war es die Notlage Oesterreich-Ungarns, die den Weitermarsch auf Petersburg verhinderte, durch den das „Nervenzentrum" Rußlands bis zum Zusammenbruch in lebhafter Unruhe erhalten worden wäre.

Am 3. März 1918 machte der Friede von Brest-Litovsk dem deutsch-russischen Kriegszustande ein Ende. Weshalb er in der Folgezeit gerade von deutscher Seite so scharf angegriffen worden ist, ist unerfindlich. Daß er ein „Gewaltfriede" gewesen sei, kann doch nur in gänzlicher Verkennung der Verhältnisse behauptet werden. Mit Recht sagt Egelhaaf, daß die Gewalt höchstens darin bestanden habe, daß der Vierbund die Russen, die sich einem förmlichen Friedensschluß entziehen wollten, dazu angehalten habe. Inhaltlich war er mehr als gemäßigt. Aber auch den auf die Angliederung der baltischen Provinzen wie des Reiches bzw. Preußens gerichteten Tendenzen trug er geschickt Rechnung und wahrte so nationale Interessen in dem damals möglichen Ausmaß. Nicht „Gewalt" kann daher dem Brest-Litovsker Friede zum Vorwurf gemacht werden, die Kritik kann viel eher nach der entgegengesetzten Richtung erhoben werden: daß die deutschen Unterhändler und ihre Verbündeten die sovětrussischen Gegner als ehrliche Partner ansahen und sich über die Unversöhnlichkeit der prinzipiellen Gegensätze nicht klar waren. Zwar erfolgte die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen, aber die freilich nicht von bolševistischer, sondern von sozialrevolutionärer Seite inszenierte Ermordung des deutschen Gesandten Grafen Mirbach in Moskau, die drei Wochen später eintretende des Oberbefehlshabers der deutschen Truppen in der Ukraine, des Generals von Eichhorn, und die allen internationalen Gepflogenheiten Hohn sprechende, durch einen Zufall aufgedeckte revolutionäre Propaganda des Sovětvertreters Joffe in Berlin zeigten, wie unüberbrückbar im Grunde die bestimmenden Anschauungen hüben und drüben waren. Ohne die moskovitische Unterminierungsarbeit in Deutschland, der verblendete Arbeitermassen und schließlich auch Teile der Flotte und Armee zum Opfer fielen, wäre die Novemberrevolution gewiß nicht eingetreten.

Das Ende des Weltkrieges bedeutete auch das **Ende des alten Rußland** in seiner früheren territorialen Ausdehnung. Die in Versailles tätigen Siegerstaaten dachten nicht daran, in Rußland den früheren Status herzustellen. Gedanken, die, wie wir heute wissen, Foch und Clemenceau in dieser Richtung hegten, scheiterten an dem Widerspruch der übrigen Alliierten: Man entschied sich dafür, durch die Errichtung eines starken Polen und der baltischen Rundstaaten wie im Süden durch ein erheblich verstärktes Rumänien (Beßarabien) die bolševistische Gefahr, die damals besonders drohend erschien, für den Westen zu bannen: man baute einen Wall gegen die rote Flut, dessen Widerstandskraft sich freilich erst erweisen mußte, und schuf zugleich eine Barrière zwischen Deutschland und Rußland, von dessen Zusammengehen gegen die Entente man ebenso phantastische wie sachlich unbegründete Vorstellungen hatte. Wenn man in Deutschland je an solche Kombinationen nicht gedacht hat, so im damaligen, in dem das reine politische Chaos herrschte und der Radikalismus Trumpf war.

Das Jahr 1919 brachte den **Einbruch des Bolševismus in das Baltikum**: hinter den ohne ernsten Widerstand zurückgehenden deutschen Truppen rückten in Liv- und Kurland die Bolševiken ins Land, eroberten ohne Schwertstreich Riga und Kurland bis zur Windau und erfüllten alles mit furchtbaren Greueln. **Diese Ereignisse bedrohten auch Preußen.** Setzten sich die Moskoviter und ihre lettischen und estnischen Trabanten dauernd im Baltikum fest, so konnten sie morgen in Ostpreußen und Schlesien stehen. Noske, der damalige Kriegsminister, hatte das richtige Verständnis für die Lage. Er unterstützte den Gedanken, den wie ein Kartenhaus zusammengebrochenen lettländischen Staat durch deutsche militärische Hilfe wieder aufzurichten, um so einen Wall gegen den bolševistischen Andrang zu bauen, wobei ihm auch der Gedanke einleuchtete, daß dieser lettländische Staat durch deutsche Siedler gekräftigt, das deutsche Element hier gestärkt und die feindliche Einstellung der Letten gegen die Deutschen verändert werden müßte. Der Vertrag, den die um ihr Dasein ringende lettländische Regierung mit den deutschen Freischaren im Dezember 1918 abgeschlossen hatte: diesen nach Ende des Krieges das lettländische Bürgerrecht und Siedlungsland zu geben, hätte guten Anlaß geboten. Nachdem die Baltische Landeswehr an der Windau dem roten Feinde Halt geboten hatte, erschien der Finnlandbefreier, General Graf v. d. Goltz, im Februar 1919 mit dem VI. deutschen Reservekorps in Libau und gab dadurch die Möglichkeit, die Wiedereroberung des Baltikums ins Werk zu setzen: Baltische Landeswehr unter Major Fletcher, Eiserne Division unter Oberst Bischoff und deutsche Truppen General v. d. Goltz' säuberten das Land, und am 22. Mai 1919 wurde Riga den Bolševiken entrissen. Doch die deutschen Erwartungen

erfüllten sich nicht. Nicht nur, daß die lettländische Regierung, als die Gefahr vorüber war, sich der Verpflichtung den Befreiern gegenüber entzog, die Entente erzwang durch Kriegsschiffe und die Drohung, Riga zu bombardieren, die Räumung Rigas. Aber Kurland zu räumen, weigerten sich die Tausende deutscher Soldaten, die auf ihr Siedlungsland bestanden. Lettische Truppen hätten sie nicht herausdrängen können, Ententetruppen wären zu diesem Zweck sicherlich nicht eingesetzt worden. Um ans Ziel zu kommen, verlangte die Entente daher von der Berliner Regierung die **Abberufung der deutschen Truppen** aus dem Baltikum und, als diese sich weigerten, die Einstellung der Proviant- und Munitionslieferungen und Lohnzahlungen, Grenzsperre und Entwaffnung der Baltikumkämpfer. In dieser entscheidenden Stunde hat **die deutsche Regierung** — was bei ihrer damaligen Zusammensetzung freilich nicht zu verwundern war — **versagt** und sich der Entente bedingungslos unterworfen. Was ein von hoher politischer Einsicht getragener kühner Gedanke war, wurde jetzt zu einem „Abenteuer" gestempelt und **die letzte Möglichkeit**, wenn auch unter veränderter Form, den deutschen Einfluß in Kurland zu sichern, schwächlich aufgegeben. Die deutschen Truppen verließen das baltische Land, soweit sie nicht in die Dienste des russischen Oberst Bermondt-Avalov übertraten, der von Kurland durch einen Flankenvorstoß den Vormarsch Denikins von Südrußland her entlasten wollte. Aber Bermondts Versuch, sich Rigas als place d'armes zu bemächtigen, als die lettländische Regierung ihm den Durchmarsch verweigerte, mißglückte. Auch hier trat die Entente ihm mit ihrer Flotte in den Weg: Lieber sollte jeder Versuch zu einer Befreiung Rußlands scheitern, als daß er mit deutscher Unterstützung unternommen würde. **Mit dem Ausgang des Jahres 1919 nahm so die letzte Möglichkeit für Deutschland, wenn auch nur indirekt, an einer Wandlung der russischen Zustände, an einer Wiederaufrichtung eines bürgerlichen Rußland mitzuwirken, ein Ende.**

Die deutsche amtliche Politik hat sich seit Ende 1919 ganz auf den Boden der „gegebenen Tatsachen" gestellt. Die Anerkennung Sovětrußlands, die Beobachtung der aus den außenpolitischen Geschehnissen in bezug auf Rußland sich ergebenden Rückwirkungen auf Deutschland und vor allem das Bestreben, nach Möglichkeit die wirtschaftlichen Verbindungen mit Rußland aufzunehmen, haben das Verhalten der Reichsregierung bestimmt. Inwieweit dabei den Interessen Deutschlands immer Rechnung getragen worden ist, ob nicht vielmehr eine gewisse wirtschaftliche Illusionspolitik betrieben worden ist, wird die Betrachtung der Jahre 1920 bis 1924 erweisen, desgleichen in welcher Weise

die russische Sphinx die innerdeutsche Politik und die deutsche Stimmungswelt beeinflußt hat.

II.

Die innerrussischen Zustände erhielten um die Jahreswende von 1919 zu 1920 durch das Scheitern des mit so großen Erwartungen begonnenen Denikinschen Vormarsches auf Moskau ihren Stempel aufgedrückt. Vor den Toren von Moskau fast mußte die weiße Armee umkehren. Das durch Hunger und die von den Ententemächten geübte Blockade in seinen Grundfesten erschütterte rote Rußland Lenins und Trocki's hob wieder sein Haupt. Auch hier zeigte sich, welche verhängnisvolle Torheit der Entente es gewesen war, daß sie Bermondts Aktion zugunsten Denikins aus Eifersucht gegen Deutschland, das damals noch nicht völlig entwaffnet war, gewaltsam verhindert und Deutschland sich dem Druck gefügt hatte. Denn die Entente stellte nun mit derselben Skrupellosigkeit, die sie sonst gezeigt, ihre Rußlandpolitik mit einem Ruck völlig um. Dasselbe England, das noch vor zwei Monaten an die Mächte eine Note gerichtet hatte — Deutschland mit eingeschlossen —, die tatsächlich bestehende russische Blockade verschärft durchzuführen, bewirkte im Januar 1920 durch den Obersten Rat in Paris „die Wiederaufnahme gewisser Handelsbeziehungen“ mit Sovětrußland, d. h. die Aufhebung der Blockade. Drapiert wurde diese Umstellung durch das Bestreben der „Linderung der furchtbaren Not“, die Einfuhr der absolut mangelnden Manufakturwaren nach Sovětrußland. Aus diesen waren aber zwei Zeilen weiter bereits Kleider, Medikamente, landwirtschaftliche Maschinen und Bedarfsartikel des täglichen Lebens geworden. Es lag klar zutage, daß es sich im Grunde um Wiederaufnahme des russischen „Geschäfts“ handelte, denn alle jene zur Rettung verhungernder Massen freigegebenen Einfuhrgüter sollten beileibe nicht au fond perdu geopfert werden, sondern nur im Austausch gegen „Getreide, Leinsaat und andere Produkte“, wobei die Genossenschaftsorganisationen in Sovětrußland die Vermittlung zu übernehmen hätten.

Bei der passiven Rolle in der Rußlandfrage, zu der Deutschland sich selbst verurteilt hatte, hatte es zu der Tatsache, daß die neue Politik der Entente die Stellung der Sovětregierung ungemein festigen mußte, sich amtlich nicht zu äußern; ebenso wenig lag es in der Macht Deutschlands, die Ausnutzung der nach Sovětrußland gelangenden Waren lediglich für die kommunistische Bevölkerung, unter grundsätzlicher Ausschließung der „Bourgeoisie“, die systematisch ausgerottet werden sollte und wurde, zu verhindern. Aber ein anderes Moment trat doch erregend in die Erörterungen der deutschen, im Osten interessierten Kreise: die deutlich erkennbare Absicht der Siegerstaaten, Deutschland bei dem geplanten

Tauschhandel mit Sovětrußland auszuschalten, ihm keinen Anteil am „Geschäft“ zu gönnen. Tatsächlich hatten diese Dinge damals nur einen rein akademischen Charakter symptomatischer Art, denn aus dem Tauschhandel wurde nichts und konnte — was man damals im gesamten Westen bei der beispiellosen Unkenntnis über russische Verhältnisse nicht wußte — nichts werden. Erst heute, nach fünf Jahren, hat sich die Ueberzeugung durchgesetzt, daß bei der kommunistischen Wirtschaftsstruktur Sovětrußlands auf einen normalen Rußlandhandel, wie er vor dem Kriege bestand, überhaupt nicht gerechnet werden kann. Es berührt heute mehr als sonderbar, wenn man in den damaligen Presseerörterungen aller west- und mitteleuropäischen Länder immer wieder der Ueberzeugung Ausdruck verliehen findet, man stände nun vor der so sehnlichst erstrebten Eingliederung des russischen Riesenreichs in das europäische Wirtschaftssystem. Der heiße Wunsch war wieder einmal der Vater des Gedankens. Wer vor diesen Illusionen warnte, wurde scheel angesehen. Als Entlastung darf wohl angeführt werden, daß auch die russische Emigrantenpresse, die sich nicht besser informiert erwies, als die westeuropäische, im selben Irrtum befangen war. Aber mit Genugtuung konnte Deutschland doch dabei das eine feststellen, daß die russischen Zeitungen in Berlin mit seltener Einmütigkeit darauf hinwiesen, daß die geplante bevorstehende Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen mit Rußland nur mit Hilfe Deutschlands, ja eigentlich nur durch deutsche Kräfte sich durchführen ließe. So schrieb damals die Berliner „Golos Rossii“ in Sätzen, die auch für die Zukunft fraglos ihre Bedeutung erhalten: „Rußland bedarf vor allem einer Armee lebender Kräfte. Es bedarf vor allem Ingenieure, Instrukteure, Techniker und Organisatoren, welche imstande sind, den Handel zu heben und das bis zum Grund ruinierte Transportwesen in Ordnung zu bringen. Aber solche Kräfte kann uns weder Frankreich, noch England, noch Amerika geben, die im eigenen Lande Verwendung für solche Leute in weitgehendstem Maße haben und Rußland im besten Falle höchstens eine Anzahl Inspektoren und Kontrollkommissionen zur Verfügung stellen könnten. Kräfte in dem Umfang, wie sie Rußland brauchte, kann ihm nur Deutschland geben, das, ungeachtet der schweren wirtschaftlichen Krisis, einen großen Ueberfluß an solchen Kräften hat, welche im Interesse Rußlands wirken können, ohne dem eigenen Lande etwas zu entziehen. Deutschland könnte im Hinblick auf seine niedrige Valuta Rußland am ehesten mit den notwendigen landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten zu weit günstigeren Bedingungen versorgen, als das die übrigen Mächte vermöchten. Aber gerade Deutschland wollen die letzteren offensichtlich gewaltsam von dem Handel mit Rußland ausschließen. Nur die verbündeten und neutralen Staaten sollen das Recht

des Warenaustausches erhalten. So dürften denn die Recht haben, welche in dem neuen Schritt der Entente lediglich das Bestreben sehen, den russischen Rohstoffmarkt zu einem Monopol Englands und Frankreichs zu machen. Die Alliierten wollen, das ist klar, Rußland ganz und gar in eine Kolonie umwandeln, die ihnen um ein billiges Rohstoff liefert und im Austausch dafür Waren zu einem teueren Preise erhält." Ganz ähnlich äußerte sich das zweite russische Berliner Blatt, der „Prisyw".

*

Wenige Monate später wurden die deutschen Interessen durch den polnisch-russischen Krieg in viel stärkerer und unmittelbarerer Weise in Mitleidenschaft gezogen. Es schien vorübergehend, als ob die russische rote Flut sich auch über die deutschen Ostgrenzen ergießen würde. Bedrohliche Rückwirkungen auf die innerdeutsche Entwicklung meldeten sich, die sich lediglich aus den radikalen Stimmungen unseres verzweifelten Volks und aus dem scheinbar unausrottbaren deutschen Unvermögen, über Wesen und Ziele des von der Idee der Weltrevolution zwangsmäßig beherrschten Sovětstaates Moskau zur Einsicht zu kommen, erklären ließen. Bezeichnend für die mangelnde politische Reife der Deutschen war, daß die Mehrheit im russisch-polnischen Konflikt aus gefühlsmäßig begreiflicher Einstellung gegen Polen, dem das Versailler Diktat unsere blühenden Ostprovinzen ans Messer geliefert hatte, sich auf Seite des bolševistischen Rußland stellte und die drohende Gefahr der Ueberrennung Europas durch die Roten nicht erfaßte. Als der Krieg zwischen den beiden alten Gegnern im Osten ausbrach, wußte man in Deutschland natürlich nicht, wie er ausgehen würde. Die Schätzung der beiderseitigen militärischen Kräfte war unmöglich. Für die Polen sprach der starke Prozentsatz früherer deutscher Soldaten aus den östlichen Provinzen und die militärische Hilfe der Franzosen, für die Russen die überwiegende Zahl. Ein völliger Sieg der Polen lag durchaus im Rahmen des Möglichen; seine Folge konnte ein Verschwinden der Sovětmacht werden. Gewiß schloß der polnische Sieg für Deutschland große Gefahren in sich, aber es blieb doch die Möglichkeit, auch dann in dem neuen Rußland der wichtigste Faktor für dessen Wiederaufbau zu werden. Kam es aber zu einer Remispartie, so blieb im deutschen Interesse die dann fortdauernde Spannung der beiden slavischen Mächte, die Polen im Osten engagierte und damit Deutschland im Osten entlastete. Eine geschickte deutsche Politik konnte das gewiß ausnutzen, denn Polen ist nicht stark genug zu einer Doppeltfrontenaggressive. Am bedrohlichsten wäre fraglos ein russischer Sieg geworden. Die wenigsten bei uns wollten das freilich wahr haben. Sie ließen sich von den russischen Phrasen betören, daß die Russen, wenn sie in die an Polen gefallenen, ehemals deutschen Gebiete kommen würden, hier den status quo ante herstellen und die innere Verfassung nicht antasten würden. Als sie dann aber in Soldau und Strasburg standen, war ihre erste Sorge, mit Hilfe deutscher Kommunisten hier die Räteherrschaft zu etablieren. Da erst gingen, wenigstens in Ostpreußen, den Deutschen die Augen auf. Anderswo war man weitblickender und urteilte realer. So schrieb die „Gazette de Lausanne" am 20. Februar 1920: „Man würde Unrecht tun, wollte man glauben, daß man sich dem Verhängnis durch Verträge entziehen könnte. Wenn man so denkt, so verkennt man die Bedeutung des Bolševismus, seine Entwicklung, seine Methoden und besonders die tieferen Gründe, welche die soziale Bewegung in eine gewaltsame Demonstration des Militarismus und Imperialismus bis zum äußersten umgebildet haben. Um in der Geschichte ein Beispiel eines ähnlichen politischen Organismus zu finden, müßte man zurückgehen bis zu den mongolischen Reichen von Tamerlan und Dschingischan, deren Bildung und kurz dauernde Größe viele Analogien mit der Republik der Sověts bieten. An dem Tage, an dem Lenin und Trocki ihre Armee demobilisieren, würde diese Macht gestürzt sein. Die periodischen Erhebungen, die in allen Gegenden Rußlands gegen die Regierung der Sověts vorkommen, sind der beste Beweis dafür. Die Führer der bolševistischen Bewegung geben selbst zu, daß die Anwendung ihrer Lehre, wenn sie Dauer haben soll, sich nicht auf ein einziges Land beschränken kann. Rußland ist für sie nur eine Etappe, die Welt erobern oder untergehen — das ist die Alternative des Bolševismus. — Man muß begreifen, daß kein Vertrag, kein Abkommen mit den Bolševisten möglich ist. Kann man etwas von der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland hoffen? Die Bolševisten werden zu allen Abkommen Ja sagen. Sie werden alle Verträge unterzeichnen, aber niemals ihren Kampf für die Weltherrschaft aufgeben. Selbst wenn sie wollten, könnten sie den verhängnisvollen Lauf der Ereignisse nicht mehr aufhalten und die zerstörende Gewalt beherrschen, die sie entfesselt haben."

Diese den Kern des Problems treffenden Sätze, die auch heute noch ihre volle Richtigkeit behalten haben, fanden in der deutschen Volksseele damals kaum eine Resonanz. Die Verzweiflung über die Schande von Versailles hatte vor allem den Sinn der deutschen nationalen Jugend in schmerzliche Erregung versetzt, während andererseits die radikalen Elemente in Deutschland von Moskau Hilfe für einen gewaltsamen Umsturz bei uns erhofften. In weiten Kreisen der deutschen nationalen Jugend brach sich eine Stimmung Bahn, der die zitierte „Gazette de Lausanne" dahin Ausdruck verlieh: „Deutschland müsse sich selbst mit dem Teufel verbünden, um den Vertrag von Versailles zu brechen." Sie lechzte nach einem Messias, der das

Joch der Fremdherrschaft zerstören könnte, und da sich kein Mensch dazu fand, so erwartete sie die Lösung von irgend einem großen Ereignis: von dem Einbruch der russischen Bolševisten zum Frühjahr. Die deutschen Kriegsgefangenen, die aus Frankreich heimkehrten, voll Wut im Herzen und nur an Rache denkend, nahmen diese Lehre willig auf. „Das mag zehnmal Unsinn sein, ja direkt Verrücktheit, aber die Leute sind nun einmal am Rande der Verzweiflung, und da hören Vernunft und Ueberlegung auf." So charakterisierte ein französisches Blatt die damalige Psyche deutscher Jugend, für die man wohl das Schlagwort vom „Nationalbolschewismus" prägte. Eifrig sekundierte diesen Unklarheiten die deutsche kommunistische Arbeiterpresse, welche in Verhandlungen der Westmächte mit Sovětrußland, dem „Staat der konsolidierten proletarischen Revolution", den glorreichen Abschluß einer weltrevolutionären Epoche erblickte. „Die proletarische Revolution bekommt von der Weltgeschichte die ihr nötige Atempause zugebilligt, bekommt von der feindlichen kapitalistischen Welt die Materialien überwiesen, deren der proletarische Staat zu seiner Durchführung bedarf." So die kommunistischen Blätter in Hamburg und Bremen.

Das Scheitern des anfänglich so siegreichen russischen Vormarsches vor den Toren von Warschau, womit der Rückzug der in den „Korridor" entlang der Südgrenze Ostpreußens eingedrungenen Sovětarmee automatisch verbunden war, hat es Deutschland erspart, die furchtbare Probe auf das Exempel des Nationalbolševismus machen zu müssen. Was wäre eingetreten, wenn die roten Truppen nach Niederwerfung Polens Deutschland gleichsam gezwungen hätten, als ihre Bundesgenossen den Kampf gegen den „kapitalistischen" Westen mitzukämpfen? Die erste Folge wäre eine Hungerkrisis in ganz Deutschland gewesen: die rote Armee hätte von uns erhalten werden müssen. Wie die Heuschrecken hätten sie alles vernichtet, wie das in Polen und Litauen geschehen war. Die Aufteilung der Güter hätte die Verproviantierung der Städte, also in erster Reihe der Arbeiterbevölkerung, unterbunden und das größte Elend heraufbeschworen, ganz abgesehen von den Seuchen, die mit der „befreundeten" Armee ins Land gekommen wären. Vielleicht kann ein reiner Agrarstaat wie Rußland die Räteherrschaft ohne die völlige Aushungerung des Volkes eine Zeitlang ertragen, kommunistische Verhältnisse im Industriestaat Deutschland hätten zweifellos sehr rasch zum Hunger, zu völligem Ruin und zur Ausrottung der Intelligenz, die aber nun einmal für den Aufbau unentbehrlich ist, geführt. Und wenn dann am Rhein die mit allen kriegstechnischen Mitteln versehenen Ententeheere die Russen und mit ihnen die deutschen Heerhaufen zurückgeworfen, geschlagen, zertrümmert haben würden — daß das geschehen wäre, ist selbstverständlich —

ein furchtbares Erwachen aus den Träumen des Nationalbolševismus würde uns zu spät belehrt haben. Die durch Deutschland zurückflutende geschlagene Sovětarmee würde das Leben, das noch übrig geblieben war, bis zum letzten zerstört haben. Die Phantasie kann sich kaum ausmalen, was dann aus Deutschland geworden wäre. Nein, dieser Weg war ungangbar. Er war ein Weg von Schwärmern, die jeden Blick für die Realitäten der harten Welt verloren und vergessen hatten, daß die Geschichte der Völker nicht in der Schnelligkeit dahinrollt, wie übersprudelnde Einbildungskraft vermeint. Nur unter einer Bedingung, die aber unerfüllbar war, hätten kühner Wagemut nationaler Führernaturen das Beispiellose wagen und dem Teufel die Hand reichen, mit Moskau einen Bund gegen die Entente abschließen können: bei unerschütterlicher innerer Einigkeit mit dem Machtwillen, jedem Umsturz, jedem Konspirieren mit dem äußeren Feinde rücksichtslos zu begegnen. Aber diese Einigkeit, dieser Machtwille fehlten völlig, und so wäre ein Bündnis mit Sovětrußland Selbstmord gewesen. Unsere Ohnmacht ist kaum je so trostlos grell zutage getreten wie im Sommer 1920, wo jeder ernsthafte Versuch, sei es der der Polen, sei es der Russen, unsere Grenzen zu überrennen, gelungen wäre. Wir sind damals wahrlich nicht durch eigene Kraft davor bewahrt geblieben! Nur der unerwartete Umschlag des Kriegsglücks vor Warschau hat auch uns aus schwerem Konflikt gerettet. Wollte doch die Sovětregierung, als die russischen Truppen in den Korridor einrückten, uns dazu bewegen, diesen zu besetzen und damit die Neutralität aufzugeben. Diese Frage war sehr ernst. Man erinnerte sich wohl an einen ähnlichen Fall. Als Gustav Adolf 1630 den Brandenburger Kurfürsten Georg Wilhelm zwang, seine Neutralität aufzugeben, sprach er das denkwürdige Wort: „Neutralität — das Ding kenne ich nicht! Freund oder Feind, tertium non dabitur!" Der schwache Kurfürst mußte kapitulieren.

In diesem Zusammenhang ist der Verlauf des polnisch-russischen Krieges nicht weiter zu verfolgen. Polen wurde durch Frankreich und das Aufflammen des Patriotismus der bedrohten Nation gerettet. Die Kraftprobe zwischen einem siegreichen Rußland und der Entente, die sich auf deutschem Boden abgespielt hätte, wurde damit vermieden. Auch vor Warschau siegte die Versailler Allianz. Sie hat dann bei den in Riga im September eingeleiteten Friedensverhandlungen weiter ihre schützende Hand über Polen gehalten. Moskau hat dort sehr viel Wasser in seinen roten Wein gießen müssen. Von einer Entwaffnung Polens und einer Bewaffnung der polnischen Arbeiterschaft im Dienste Moskaus konnte keine Rede mehr sein. Im Gegenteil, Polen konnte im Rigaer Frieden große Erfolge buchen. Durch die Grenzführung, die sein Gebiet in einem östlichen Korridor bis zur Düna hinaufschob, und damit

Litauen umklammerte, dessen Wilnagebiet es zugleich durch einen Handstreich sich einverleibt hatte, sicherte es seine beherrschende Stellung im Osten und erreichte zugleich direkte Grenzen mit Lettland, was im Hinblick auf den Gedanken eines baltischen Staatenbundes unter polnischer Führung und im Fahrwasser Frankreichs von großer Wichtigkeit war. So wuchs im Gefolge des Rigaer Friedens, gewiß zu Ungunsten der deutschen Interessen in den Randstaaten, hier der polnische Einfluß.

Daß in der Folgezeit durch den tiefen Konflikt mit dem durch den Raub Wilnas tötlich verletzten Litauen diese polnischen Absichten im Baltikum nicht verwirklicht werden würden, war damals in Deutschland noch nicht vorauszusehen. Man mußte daher hier der Entwicklung im Gefolge des polnisch-russischen Krieges mit schweren Sorgen folgen: Ostpreußen, Memel, Oberschlesien, Danzig wurden durch die polnische Ostpolitik ernstlich in Mitleidenschaft gezogen. Die Umklammerung Ostpreußens, dessen Anheimfall an Polen die Denkschrift des Polen Dmowski schon in Versailles gefordert hatte, drohte akuten Charakter anzunehmen, wenn der Pole gar in Memel Fuß fassen würde. Und daß er, durch solche Erfolge in seinem Größenwahn angestachelt, auch in Oberschlesien, ohne dessen Kohlen Deutschland in seinem Wirtschaftsleben aufs schwerste geschädigt wird — die Vergewaltigung durch die Entente, trotz der unzweideutigen Abstimmungsresultate zu Deutschlands Gunsten, war damals noch nicht erfolgt —, unter der wohlwollenden Protektion Frankreichs vor nichts zurückscheuen würde, lag nahe.

Freilich hatte Polen nicht nur Gewinne in Riga zu verzeichnen. Es mußte in die Preisgabe der Wrangelarmee in der Krim willigen. Gegen diese, den letzten Aktivposten des bürgerlichen Rußland, konnte die Sovětmacht ihre bisher durch Polen gebundenen Streitkräfte nunmehr marschieren lassen und sie schließlich vernichten. Polen hatte damit definitiv auf ein Zusammengehen mit einem antibolševistischen Rußland verzichtet, verzichten müssen, weil die Entente nicht mehr willens war, General Wrangel militärisch zu unterstützen. Dadurch erhielt der Rigaer Frieden, der der Sovětunion Weißrußland entrissen hatte, einen wenig dauerhaften Charakter. Das nach der Vernichtung der Wrangel-Armee auch im Innern der Gegner Herr gewordene Moskau sah in dem Rigaer Frieden nur ein erzwungenes Provisorium, dessen Beseitigung das Ziel der Sovětregierung bis auf den heutigen Tag geblieben ist. Deutschland konnte mit diesem Zustand zufrieden sein. Vermochte es in seiner damaligen Ohnmacht nichts für Wrangel und seine Sache zu tun, so war die beständige Fesselung Polens an seiner russischen Ostgrenze doch ein Plus, das es zu seinen Gunsten buchen konnte.

Nur aus der Nervosität der deutschen Wirtschaftskreise erklärt es sich, daß etwa gegen Ende 1920 die Hoffnungen auf die Möglichkeit der Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit Sovětrußland wieder auffällig und im Widerspruch mit den Tatsachen in den Kreis der Erörterungen traten. Rußlands „unermeßliche Bodenfläche, seine Getreidevorräte und Rohstoffe und Goldreserven“ standen lockend wie eine Fata morgana vor unsern getrübten Augen. Die ganze unausrottbare Unkenntnis russischer Verhältnisse trat abermals zutage. Man übersah, daß Rußland auch in normalen Tagen niemals in seiner ganzen Ausdehnung ein Ueberschußgebiet gewesen war, ganz zu schweigen davon, daß es heute ein solches gar nicht sein kann. Das nördliche Gebiet ist stets, auch in guten Jahren, auf die Verpflegung aus der reichen Ukraine, Sibirien und aus dem Wolgabecken angewiesen gewesen. Nun war die Ukraine verwüstet, von Getreideausfuhr konnte also nicht die Rede sein. Dasselbe galt vom Wolgagebiet und Sibirien. Es ist beschämend zu sehen, wie die russische Methode des Bluffs ihre Triumphe feierte, wie die Handelsdelegationen des sogenannten „Centrosojuz“ das Ausland zu dupieren wußten. Nicht Handel zu treiben, war die eigentliche Aufgabe der den Außenhandel monopolisierenden Delegationen in den Randstaaten und Deutschland, sondern politische Agitation. Interessante Mitteilungen aus Riga und Reval bestätigten das schon damals, und im „Revaler Boten“ mußte der Revaler Vertreter von 25 deutschen Großfirmen und Industriewerken es offen zugeben, daß es für Firmen, die auf Tradition und guten Ruf sehen, so gut wie unmöglich gewesen sei, ernsthafte Handelsbeziehungen mit Moskau anzuknüpfen, weil die russische Handelsdelegation in Reval, dem damals ersten Transitplatz nach Rußland, weder Vorausbezahlung noch Garantien für richtige Bezahlung der zu liefernden Waren zugestand. Bisher sei es nur Schiebern oder solchen Kaufleuten, die alte Ladenhüter aus dem vorjährigen deutschen Ausverkauf an sich gebracht hatten und sie um jeden Preis absetzen wollten, gelungen, zu Abschlüssen zu kommen. Es war bezeichnend, daß der Einreise einer deutschen Handelsmission nach Rußland zur Erkundung der tatsächlichen Verhältnisse die größten Schwierigkeiten in den Weg gelegt wurden. Ja, nicht einmal die Hinterlegung einer Goldreserve im Ausfuhrland ließ sich in Moskau durchsetzen. Noch mehr in die Augen springend war der Bluff mit den Handelskonzessionen, mit denen Moskau das Ausland anlockte. Den westeuropäischen Unternehmern schrieb der englische Radikale Wells nach seiner Rückkehr aus Sovětrußland ins Stammbuch: „Ein Handelsverkehr Privater mit Sovětrußland ist undenkbar, da ein kommunistisches Rußland niemals seine mit Privatpersonen abgeschlossenen Verträge anerkennen und erfüllen wird.“ Selbst

wenn die zerrütteten Verkehrsverhältnisse, die Verelendung der Bevölkerung an sich einen Handel nicht illusorisch gemacht hätten, so tat es die völlige *Rechtsunsicherheit*. Wie sollten ausländische Privatunternehmer mit ihren Konzessionen mit den staatlichen Betrieben konkurrieren können, da die Preise nicht höher als die der staatlichen Werke sein durften und ein Abströmen von Arbeitern aus Sovětbetrieben in private Betriebe auf jede Weise verhindert wurde. Und auch den größten Rußlandoptimisten hätte eine in der „Pravda" damals veröffentlichte Rede Lenins zu denken geben müssen, der mit einer Offenheit, die nichts zu wünschen übrig ließ, erklärte, daß im Fall eines Krieges das in Rußland angelegte ausländische Kapital als Kriegsbeute in den Händen der Sovětregierung verbleiben würde. In Deutschland, wo man sich mit der Verzweiflung eines Ertrinkenden an den Gedanken klammerte, durch den Rußlandhandel sich aus schwerer Not befreien zu können, hörte man die Stimmen, die vor unausbleiblichen Täuschungen warnten, nicht gern. Man grollte ihnen.

III.

Das *Jahr* 1921 erschütterte den Sovětstaat in seinen Grundfesten. Ein *Matrosenaufstand in Kronstadt*, der auf Petersburg überzugreifen drohte, *Aufstände im Kaukasus*, vor allem das namenlose Unglück einer weite Gebiete heimsuchenden *Hungersnot* verheerten Rußland. Im Gefolge des Hungers traten Seuchen, Massensterben, Kanibalismus vor die Augen der entsetzten Welt. Der Gedanke, daß, über alle naheliegenden politischen Bedenken hinweg und trotz allen Abscheus gegen die bolševistischen Methoden, die an dem Unglück so wesentliche Schuld trugen, geholfen werden mußte, ergriff die Welt. Neben der groß angelegten Amerikahilfe und der von Nansen geleiteten Aktion hat gerade das deutsche Volk durch die *Arbeit des deutschen Roten Kreuzes* sich große Verdienste um die Linderung des Elends erworben. Es waren insonderheit die deutschen Landsleute an der Wolga und Südrußland, denen brüderliche Hilfe zuteil wurde. Lebensmittel und ärztlicher Beistand wurden aber auch den hungernden und kranken Russen in weitem Ausmaß selbstlos geboten. Manch deutscher Arzt und Samariter ist bei dem selbstlosen Werk der Nächstenliebe in unwirtlichem Lande ein Opfer seines Berufes geworden. Zugleich zeigte die deutsche Wissenschaft sich in der Erforschung und Bekämpfung der Seuchen auf ihrer alten Höhe und die Dankbarkeit des russischen Volkes lohnte ihre Arbeit. Die Sovětregierung freilich, die im Grunde die ganze Hilfsaktion sehr ungern sah, weil das Ausland sich dabei, sehr wider ihren Willen, über die verzweifelte Lage des Landes und die Untauglichkeit der bolševistischen Methoden genauer informieren konnte, zeigte sich Deutschland kaum weniger zuge-

knöpft und ablehnend als dem übrigen Ausland und erwies wiederholt durch Unfreundlichkeiten seine wahre Gesinnung gegen das „kapitalistische" Deutschland, nachdem seine Erwartungen, auch hier würde eine rote Revolution ausbrechen, sich als Hirngespinste erwiesen hatten. Es sei nur an die Repressalien erinnert, die sich die Sovětregierung gegen die Verhaftung des bolševistischen Wühlers *Reuter Friesland*, erlaubte. Als dieser, ein desertierter deutscher Soldat, der von Moskau als Agitator nach Deutschland geschickt worden war, hier in flagranti gefaßt wurde, antwortete die Moskauer Regierung mit der Inhaftierung einer Anzahl Deutscher in Sovětrußland als „Geiseln" bis zur Freigabe des Banditen, der sich als Henker der deutschen Wolgakolonisten einen traurigen Ruhm erworben hat, und bemäntelte den Gewaltakt damit, daß Reuter Friesland, seine Schandtaten als „Kommissar der Sovětregierung" begangen habe, und dafür in Deutschland, wo er „immun" sei, nicht belangt werden dürfe. Schon damals betonte die *Sovětregierung* in ebenso zweideutiger wie unzulässiger Weise, man müsse zwischen *ihr* und der III. *Internationale* für Moskau *unterscheiden*. Die Regierung treibe grundsätzlich keinerlei kommunistische Auslandspropaganda, was die III. Internationale tue, gehe sie gar nichts an und könne nicht auf ihr Schuldkonto gebucht werden. Natürlich war die Moskauer Regierung viel zu gewitzigt, um sich offiziell mit der Auslandspropaganda zu befassen — das überläßt sie bis auf den heutigen Tag ihren Handelsagenten, dem rollenden Rubel und der Kommunistischen Partei. Tatsache bleibt nur, daß Sovětregierung und III. Internationale in engster Personalunion leben, dieselben Personen beide Firmen betreiben. Wenn es schon damals eines besonderen Beweises dafür bedurft hätte, er wäre durch einen im März-April bekanntgewordenen Leninschen Geheimbefehl erbracht, der Anweisungen für eine skrupellose Agitation bis in die raffiniertesten Einzelheiten enthielt. Leider erwies die Reichsregierung trotzdem den alten, durch nichts zu erschütternden Optimismus Rußland gegenüber. Der *Außenminister* Dr. *Simons* konnte sich in seiner Reichstagserklärung im April nicht von der, formal natürlich richtigen, Meinung freimachen, daß sich für eine Agitation der Sovětregierung in Deutschland keine Anhaltspunkte erbringen ließen. Ja, er fügte hinzu, daß „sich allmählich ein Wechsel in der Haltung der Sovětregierung vollzieht, die sich allmählich wieder den Forderungen der Weltwirtschaft anzupassen versucht". Diese Einstellung der deutschen Reichsregierung zu dem in Sovětrußland unter dem furchtbaren Druck des Hungers und des wirtschaftlichen Chaos erzwungenen „*Neuen Wirtschaftskurs*" (Nep) war zwar nicht nur bei uns verbreitet, selbst England erwartete von der innerrussischen Umstellung — oder was sich als solche ausgab — bessere Zeiten für den Rußland-

handel, sie blieb aber, wie das die Folgezeit schnell erwiesen hat, nichtsdestoweniger falsch. Die gelegentliche Lockerung im Privathandel in Rußland selbst — der Außenhandel blieb nach wie vor streng monopolisiert und verstaatlicht — ist doch nichts anderes als eine erzwungene Abschlagszahlung, eine Atempause, die Moskau nach Möglichkeit auszunutzen bemüht ist, um mit Hilfe der abendländischen Kapitalwirtschaft wieder zu Kräften zu kommen. Radek machte daraus kein Hehl vor dem „Idealkommunisten", als Holitscher, im Hauptberuf moderner Belletrist, ihn besorgt fragte, warum der Bolsevismus zurzeit so große Konzessionen nach rechts mache, antwortete er ihm lachend, alle diese Zugeständnisse seien nur auf Widerruf gemacht, er verbürge sich dafür, der Widerruf werde erfolgen.

Suchen wir nach dem tieferen Grund der zur Schau getragenen deutschen Sorglosigkeit Moskau gegenüber, so haben wir ihn ohne Frage in dem geradezu krankhaften, wenn auch nicht ganz unverständlichen Bestreben der deutschen Regierung zu finden, nur ja nicht ins Hintertreffen zu kommen, wenn die wirtschaftliche Erschließung Rußlands beginne, auf die man fiebernd wartete.

Am 17. März 1921 hatte nämlich England mit Krassin einen temporären Handelsvertrag abgeschlossen, was eine de facto Anerkennung der Sovětrepublik in sich schloß. Es war zweifellos ein Sieg Moskaus: von Blockade und Interventionen war das mächtige Großbritannien zur Anerkennung des bolševistischen Staatswesens gelangt. Gewiß nicht ohne Bedenken und langes Zaudern, nicht ohne starke Gegnerschaft im eigenen Lande. Nicht zuletzt erhoffte London davon eine Einstellung der russischen roten Propaganda in Indien und Afghanistan, die Moskau mit der ihm eigenen Skrupellosigkeit versprach. Daneben hatte in England gewiß auch die Angst vor der deutschen Konkurrenz zum Wagnis getrieben: auf dem Wege von Handelskonzessionen hoffte es, aus der Sache Profit herausschlagen zu können. Wie weit die englischen Erwartungen damals gingen — heute wissen wir längst, daß aus dem englisch-russischen Handelsvertrag überhaupt nichts herausgesprungen ist —, ließen die englischen Blätter unschwer erkennen: als nächste Folge des Londoner Abkommens würden die Sovětagenten alle deutschen Abschlüsse annullieren und auf englische Firmen übertragen. Alle Deposita russischer Kassenscheine würden aus Berlin nach London überführt werden. Es bleibt ein Zeichen der oben schon betonten mangelnden Kenntnis der russiscnen Wirklichkeiten in Berlin, daß die Reichsregierung sich durch englische Scheinerfolge von der notwendigen Reserve Moskau gegenüber immer abdrängen ließ, obwohl eine solche doch schon aus Rücksicht auf die neue Aufruhrwelle bedingt gewesen wäre, die damals wieder über unser Land ging und überall die Spuren bolševistischer Beeinflussung zeigte.

Berlin aber hielt es für notwendig, auf den englischen Bahnen zu folgen und gleichfalls einen Handelsvertrag mit Moskau abzuschließen: am 6. Mai wurde er in Moskau unterzeichnet. Er bestand aus zwei Stücken, einem provisorischen Handelsabkommen und einem Ergänzungsabkommen über den Gefangenenaustausch. Die Stipulationen begegneten in Deutschland mit Recht sehr großen Bedenken, so namentlich die Zugeständnisse, daß alle Deutschen der Rechtsprechung der außerordentlichen Kommission, der Revolutionstribunale und den ordentlichen bolševistischen Strafgerichten unterworfen, d. h. als „Bourgeois" vogelfrei waren. Auch für die bürgerlichen Streitfälle, für die allein die im Abkommen vorgesehene Schiedsgerichtsklausel gilt, war laut Dekret vom 16. Februar 1918 an den Rat der bolševistischen Volksrichter die Berufung vorgesehen, „bei offenbar ungerechtem Urteil des Schiedsgerichts". Dadurch konnte tatsächlich in jedem Fall das ausbedungene Schiedsgericht wieder ausgeschaltet werden. Auch die peinliche Tatsache, daß bei dieser sich darbietenden Gelegenheit die Frage der noch immer fehlenden Sühne für den Mord unseres Botschafters, des Grafen Mirbach, nicht angeschnitten wurde — sie ist bis heute unerledigt geblieben, ja, die Sovětregierung hat später eine Sühne rundweg abgelehnt —, trug nicht dazu bei, den Eindruck, daß die Reichsregierung eine wenig glückliche Hand gehabt habe, zu verwischen. Die de facto Anerkennung Sovětrußlands seitens Deutschlands, die im Absatz 2 des Artikels 1 ausgesprochen war, verstimmte endlich auch die in Deutschland lebenden sehr zahlreichen russischen Emigranten, denen man — es wird an anderer Stelle noch davon gehandelt werden — freilich seitens der deutschen Regierung politisch eine sehr geringe, zu geringe Bedeutung beimaß. Hieß es doch in dem angezogenen Artikel, daß „die Vertretung der russischen sozialistischen föderativen Sovětrepublik in Deutschland als die einzige Vertretung des russischen Staates in Deutschland zu betrachten ist". Darin lag doch eine Art Kriegserklärung gegen das bürgerliche Rußland, ein Schritt von folgenschwerer Bedeutung für unsere ganze Zukunft im Osten. Man hätte deutscherseits im Auge behalten müssen, daß ein Teil der russischen Emigranten, insonderheit die monarchistischen Gruppen, die soeben in Reichenhall getagt hatten, durch die alte Tradition und infolge der nichtsnutzig-egoistischen Politik der Entente Deutschland wohlgesinnt waren und bei dem einstmaligen Wiederaufbau Rußlands vielleicht eine ausschlaggebende Rolle spielen, dabei aber Hand in Hand mit dem deutschen Volke gehen werden. Diese Elemente wurden schwer gekränkt und von uns zurückgestoßen. Schwerwiegender aber war die Rückwirkung auf den Teil der russischen Emigranten, der im demokratischen Fahrwasser segelte und in Paris unter Miljukovs Führung eine Anlehnung an die

Westmächte betrieben. Diesen Auslandrussen gab die deutsche Politik Wasser auf die Mühle. Man hielt es in der Wilhelmstraße aber für politische Klugheit, die Emigranten überhaupt als quantité négligeable zu behandeln. Das ließ unschließen, daß man die dauernde Verständigung mit der Sovětregierung in Berlin als der Weisheit letzten Schluß betrachtete, obwohl deren Berliner Vertretung das Zentrum aller Umsturzbewegungen im Reich bildete und gerade damals anmaßend genug war, uns Noten über angebliche russische „gegenrevolutionäre Werbungen" in Deutschland zuzuschicken.

Die Kreise in Deutschland, die Rußland wirklich kannten, haben die deutsche Politik nicht begriffen. Deutschland konnte sich die äußerste Zurückhaltung der Moskauer Regierung gegenüber um so eher erlauben, als damit gar nichts aufs Spiel gesetzt wurde. Zurzeit war wirtschaftlich nichts aus Rußland herauszuholen — alle die folgenden Jahre haben das bestätigt — und für die Zeit, wo das möglich werden würde, blieb Deutschland immer derjenige Faktor, der einen großen Vorsprung vor allen anderen Staaten und Völkern hatte, weil es allein über die in Betracht kommenden Arbeitskräfte verfügte, die mindestens ebenso wichtig sind, als Kapital. Eine dauernde Ausschaltung Deutschlands vom russischen Markt ist unmöglich, weil sie den Lebensinteressen Rußlands widerspricht. Wir mußten nur Geduld haben — und die hatten wir nicht! Wir waren über den englisch-russischen Vertrag erschrocken, wir befürchteten arge Folgen von einem Abschluß Moskaus mit Italien und ließen uns durch französisch-russische kommerzielle Anbändelungen, deren damalige Aussichtslosigkeit nicht schwer zu erkennen war, ins Bockshorn jagen. Mit diesem Erbe ging Deutschland ins Jahr 1922 hinein, dessen Entwicklung sich dann auch in derselben Linie in bezug auf Rußland vollzogen hat.

Die englische Politik Lloyd Georges' Moskau gegenüber, die 1921 zum russisch-englischen Handelsvertrag geführt hatte, wirkte sich 1922 weiter aus. Der an sich gesunde, nur mit den Realitäten in Sovětrußland nicht rechnende Gedanke, es sei notwendig, Rußland wieder in den europäischen Wirtschaftsmechanismus einzugliedern, fand seinen Ausdruck in der Aufforderung an Moskau, sich durch Abgesandte an der großen, im April 1922 nach Genua berufenen europäischen Konferenz zu beteiligen, von der man sich eine Entwirrung der allgemeinen Spannung, vor allem der mit Deutschland und Rußland versprach. Der „Neue Wirtschaftskurs", den Lenin in realpolitischer Einsicht eingeschlagen hatte, hielt man für einen dauernden Bruch mit den kommunistischen Methoden und glaubte, die Sovětunion sei auf dem Wege der Evolution zu einer völligen Ueberwindung des noch übrig gebliebenen politischen Bolševismus. Die Moskauer Diplomatie, die gerissenste der Welt,

nahm die Einladung nach Genua, an sich ein Triumph für Lenin, natürlich bereitwillig an. Sie erkannte in ihr ein Moment, das leicht die Rückwirkung haben könne, dem Sovětstaat, wenigstens für eine Zeitlang, neue Schonzeit zu geben. Das war unendlich viel für Männer, die entschlossen waren, nur Scheinkonzessionen zu machen, am Fundament ihres Systems aber nichts verrücken zu lassen. Aber man verkannte andererseits in Moskau doch auch nicht, daß es unter Umständen sehr unbequem werden könnte, wenn man einer geschlossenen Einheitsfront der Mächte, in die auch Deutschland hineingezogen werden sollte, dem huldvoll eine Einladung nach Moskau zugestellt worden war, gegenüberstände. Dem suchte es dadurch zu entgehen, daß es sich bemühte, vorher mit den einzelnen Mächten Sonderverträge abzuschließen. Daher das Umwerben von England und Deutschland im Vorjahre und jetzt, wobei man namentlich uns gegenüber bald mit Zuckerbrot, bald mit der Peitsche zu operieren beliebte: während Steklov in der „Isvestija" drohend schrieb, man solle sich in Deutschland nicht wundern, wenn Moskau den Versailler Vertrag anerkenne und ihm die Rechnung auf Kriegsschadenersatz vorlege, sangen Radek und Trocki „Deutschland über alles". Man wollte auf diese Weise Deutschland dazu bringen, als erste Macht Moskau auch de jure anzuerkennen.

In diese Atmosphäre hinein schlug im Januar die Nachricht, daß Frankreich zu einem sehr geschickten Coup ausgeholt habe, um Deutschland auch im Osten völlig zu isolieren und ihm die Möglichkeit einer russischen Verständigung zu rauben. Durch private Unterhändler bot es Moskau an, falls dieses die Verpflichtung der Bezahlung der Vor- und Nachkriegsschulden an Frankreich anerkenne, Rußland die Berechtigung, sich seinerseits an Deutschland schadlos zu halten, zuzusprechen. Es handelte sich bei dieser Demarche der Franzosen um den Artikel 116 des Versailler Friedens, der folgendes bestimmt: „Die alliierten und assoziierten Mächte behalten sich ausdrücklich die Rechte Rußlands vor, von Deutschland jede Wiederherstellung und jede Wiedergutmachung zu erhalten, die den Grundsätzen des gegenwärtigen Vertrages entspricht." Gewiß bot das formal eine Waffe gegen uns. Aber doch nur rein formal, denn die Pläne Poincarés, daß Deutschland auch Rußland entschädigen solle, diese Entschädigungen aber auf die von Rußland an Frankreich zu zahlenden Vorkriegsschulden verrechnet werden sollten, mußten von vornherein an der Unmöglichkeit Deutschlands, solche weitere Opfer zu leisten, scheitern. Mochte das Frankreich auch nicht zugestehen wollen, die Tatsachen waren doch stärker als solche Pläne. Man mußte und konnte in Deutschland wohl auch damit rechnen, daß England sich sehr energisch diesen französischen Plänen

widersetzen würde, die, einmal durchgeführt, den völligen wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch Deutschlands zur Folge haben mußten. Das wäre aber auch für England selbst ruinös gewesen, hätte auch den Wiederaufbau Rußlands, dieses brennendste Problem unserer Zeit, überhaupt zur Unmöglichkeit gemacht. Diese Stellungnahme wurde England um so mehr erleichtert, als der bekannte Artikel 116 des Versailler Vertrages als eine Sicherung für ein künftiges bürgerliches Rußland gedacht war. Cičerin, der russische Außenkommissar, ein Mann der alten russischen Diplomatie, und Lenin waren viel zu gewiegte Leute, um ein Abkommen mit Frankreich einzugehen, von dem sie nicht den mindesten tatsächlichen Vorteil sich versprechen konnten. Abgesehen davon, daß sie von Deutschland nichts erhalten konnten, würde ein Abkommen mit Frankreich aber auch Rußlands Position England gegenüber untergraben haben, mit dem man engere Beziehungen zu pflegen und von dem man die so notwendige Anleihe zu erhalten hoffte. Diese allgemeinen Erwägungen hätten in Deutschland bei kühler Ueberlegung die französische Aktion ihrer Gefährlichkeit teilweise entkleiden müssen. Aber die starke Nervosität der sogenannten „öffentlichen Meinung" in Berlin verhinderte uns auch diesmal, die notwendige Ruhe zu bewahren und zu erkennen, daß Konzessionen an Moskau unnötig, ja gefährlich seien, das ohne unsere Beihilfe doch nicht aus dem Sumpf herauskam. Wenn es damals geflissentlich die Meldung eines geplanten Abkommens mit Paris verbreitete, so geschah es sicher deshalb, um neben England gerade Deutschland zu weitgehendem Entgegenkommen und einer Anerkennung de jure zu bewegen. Unsere verantwortlichen Stellen haben das so wenig erkannt, wie unsere Wirtschaftler, sie wurden das Opfer einer Panikstimmung vor der „Isolierung" — und Moskau kam an das Ziel seiner Wünsche! In Berlin, wo Dr. Wirth und Dr. Rathenau die deutschen Interessen vertraten, behielt man nicht im Auge, daß man es in Moskau mit einer Diplomatie zu tun hatte, deren Methode einer ihrer Vertreter in Berlin selbst — wie aus der Veröffentlichung des Reichswirtschaftsrats Dr. Jeorges in der „Deutschen Wirtschaftszeitung" sich ergibt — dahin präzisierte: „Wir sind nur dann stark, wenn wir unsere Versprechen nicht halten. Wenn wir sie halten, können wir höchstens die eng begrenzten Vorteile erhoffen, welche uns der Vertrag verspricht, nicht mehr. So aber müssen ‚unsere lieben Verbündeten' immer in Angst sein, daß wir irgendeine ‚Schweinerei' begehen werden, ohne daß man wissen kann, wann und wo. Und diese beständige Angst zwingt der Welt unseren Willen auf."

Wir sind im einzelnen über die Verhandlungen, die in Berlin mit dem Sovĕtvertreter Krasin über eine engere deutsch-russische Bindung geführt worden sind, nicht unterrichtet. Es

scheint, daß auch in der Wilhelmstraße Schwankungen, ablehnendere und zustimmende Strömungen, miteinander gerungen haben. Als sich schon Ende Februar zeigte, daß Frankreich ein festes Zusammengehen mit England einem umrissenen Abkommen mit Moskau vorzog, überwog wohl eine reserviertere Auffassung. Mit ungebundener Marschroute erschienen die deutschen Vertreter, Dr. Wirth und Dr. Rathenau, Anfang April in Genua, wo auch Cičerin, Krasin u. a. Sovĕtvertreter sich eingefunden hatten. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Lage Deutschlands sehr kompliziert war. Sie wurde es insbesondere, als Briand, in dessen Hand die französische Vertretung zuerst lag, gestürzt und die schroffste Tonart, die Poincarés, die Oberhand gewann, damit aber auch die englisch-französischen Gegensätze sich ganz erheblich zuspitzten. Das negative Resultat der Konferenz von Genua war damit eigentlich schon besiegelt.

In dieser Situation haben die deutschen Vertreter am 16. April, abends, mit Rußland in Rapallo bei Genua ein Abkommen abgeschlossen, dessen Bestimmungen bis heute die Grundlagen der deutschen Beziehungen zur Sovĕtunion geblieben sind. In die Zickzacklinie deutscher Rußlandpolitik war endlich Aktion gekommen.

Die Bedeutung des Vertrages beansprucht es, das sein Wortlaut hier Platz findet.

Die deutsche Regierung, vertreten durch Dr. Rathenau, und die Regierung der russischen sozialistischen Republik, vertreten durch Cicerin, sind über die nachfolgenden Bestimmungen übereingekommen:

Artikel 1. Beide Regierungen sind darüber einig, daß die Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Rußland aus der Zeit des Kriegszustandes auf folgenden Grundlagen geregelt ist:

a) Das Deutsche Reich und die russische Sovêtrepublik verzichten gegenseitig auf den Ersatz der Kriegskosten sowie auf den Ersatz der Kriegsschäden, d. h. derjenigen Schäden, die ihnen und ihren Staatsangehörigen im Kriegsgebiet durch militärische Maßnahmen einschließlich aller in Feindesland vorgenommenen Requisitionen entstanden sind. Desgleichen verzichten beide Teile auf den Ersatz der zivilen Schäden, die Angehörigen des einen Teils durch sogenannte Kriegsausnahmegesetze oder durch Gewaltmaßnahmen staatlicher Organe des anderen Teils verursacht worden sind.

b) Die durch den Kriegszustand getroffenen öffentlichen und privaten Rechtsbeziehungen einschließlich der Frage der Behandlung der in die Gewalt des anderen Teiles geratenen Handelsschiffe werden nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit geregelt werden.

c) Deutschland und Rußland verzichten gegenseitig auf die Erstattung der beiderseitigen Aufwendungen für Kriegsgefangene, ebenso verzichtet die deutsche Regierung auf die Erstattung der von ihr für die in Deutschland internierten Angehörigen der Roten Armee gemachten Aufwendungen. Die russische Regierung verzichtet ihrerseits auf die Erstattung des Erlöses aus den von Deutschland vorgenommenen Verkäufen, von diesem requirierten und nach Deutschland gebrachten Heeresgute.

Artikel II. Deutschland verzichtet auf die Ansprüche, die aus der bisherigen Anwendung der Gesetze und Maßnahmen der Sovĕtrepublik auf deutsche Reichsangehörige oder auf ihre Pivatrechte, sowie auf die Rechte des Deutschen Reiches und der Länder gegen Rußland, so wie sie sich aus den

von der Sovêtregierung oder ihren Organen gegen deutsche Reichsangehörige oder ihre privaten Rechte getroffenen Maßnahmen ergeben, vorausgesetzt, daß die Regierung der Sovêtrepublik auch ähnliche Ansprüche dritten Staaten nicht bewilligt.

Artikel IV. Die beiden Regierungen sind ferner auch darüber einig, Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Sovêtrepublik werden sogleich wieder aufgenommen. Die Zulassung der beiderseitigen Konsulate wird durch ein besonderes Abkommen geregelt werden.

Artikel IV. Die beiden Regierungen sind ferner auch darüber einig, daß für die allgemeine Rechtsstellung des einen Teiles in dem Gebiete des anderen Teiles wie für die allgemeine Regelung der beiderseitigen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der Grundsatz der Meistbegünstigung gilt. Der Grundsatz erstreckt sich nicht auf Vorrechte oder Erleichterungen, die die Sovêtregierung einer anderen Sovêtrepublik oder einem ähnlichen Staate gewährt, der früher ein Bestandteil des ehemaligen russischen Reiches war.

Artikel V. Die beiden Regierungen werden dem wirtschaftlichen Bedürfnis der beiden Länder in wohlwollendem Geiste entgegenkommen. Bei einer grundsätzlichen Regelung der Fragen auf internationaler Basis werden sie in einen vorherigen Gedankenaustausch eintreten. Die deutsche Regierung erklärt sich bereit, in der Sovêtrepublik von Privatfirmen beabsichtigte Unternehmungen nach Möglichkeit zu unterstützen und ihre Durchführung zu erleichtern.

Artikel VI. Die Artikel Ib und IV dieses Vertrages treten mit der Ratifixierung die übrigen Bestimmungen sofort in Kraft.

1. April 1922. gez. Rathenau. Tschitscherin.

Am 5. November ist der Vertrag auf die Ukrainische Republik, Weißrußland, Georgien, Asserbeitschan, Armenien und die Republik des Fernen Ostens ausgedehnt worden.

Wir wissen heute, daß der Rapallo-Vertrag das nicht gehalten hat, was Optimisten von ihm erwarteten. Er hat uns keinen Großhandel nach und mit Sovêtrußland gebracht, weil ein solcher unmöglich gewesen ist. Er hat uns keinen Schutz vor bolševistischer Propaganda im Reich gebracht, weil bei der doppelten Buchführung Moskaus, das sophistisch zwischen Sovêtregierung und III. Internationale unterscheidet, ein solcher nicht gegeben werden kann und bei der automatisch wirkenden Tendenz Moskaus auf Weltrevolution auch gar nicht gegeben werden soll. Er hat auch die „normalen" politischen Beziehungen der „Freundschaft" weder verbessert noch verschlechtert. Nominell sind sie von nicht zu überbietender Wärme, in Wirklichkeit hat auch in den auf Rapallo folgenden Jahren die Sovêtregierung deutsche Interessen gerade soweit gelten lassen, als sie ihre Kreise nicht störten und bei nicht ausbleibenden Differenzen grobe Töne gegen uns angeschlagen und die Massen gegen uns demonstrieren lassen, kurz, Dinge getan, die nach allem anderen als nach „Freundschaft" aussahen, zu deren Herold der im Gefolge des Vertrages in Moskau installierte deutsche Botschafter, Graf Brockdorff-Rantzau, sich nachdrücklich gemacht hat. Damals aber, als der Anerkennungsvertrag abgeschlossen wurde, wirkte er wie eine Bombe. Daß Deutschland es wagte, einmal selbständige Politik zu treiben,

machte die Entente ratlos. Und diese Ratlosigkeit ergoß sich in den ersten Tagen in einer Fülle empörter und entrüsteter Reden und Presseerzeugnisse. Man redete gar von einem formellen Protest der Ententemächte! In Paris beschwor man das törichte Schreckgespenst einer russischen Dreimillionenarmee, die mit Deutschland zusammen sich auf den Westen stürzen wolle, und in Warschau und Riga wurde auf französisches Kommando die Lüge von einem geheimen russisch-deutschen Militärabkommen verbreitet. Diese, freilich künstlich gemachte, Empörung des Auslandes verstärkte in Deutschland die Ueberzeugung, man sei mit dem Rapallo-Abkommen auf dem richtigen Wege. Man wies dabei auch darauf hin, daß durch die Bestimmung, daß alle Ersatzansprüche von beiden Seiten hinfällig werden sollten, die von den Franzosen betriebenen Versuche, Moskau von Deutschland abzuziehen, erledigt worden seien, eine Fronarbeit Deutschlands in Rußland zugunsten der Entente ausgeschlossen sei. Man vergaß aber darüber, daß diese Gefahr im Ernst nicht bestand, und war so eingenommen von dem Erreichten, daß man auch diesmal wie im Vorjahr die Sühne für den Mord des Grafen Mirbach still zu den Akten legte. Sehr bedenklich war vor allem der Verzicht auf das in Sovêtrußland nationalisierte deutsche Kapital und Privateigentum. Der Moskauer Regierung wurde dadurch ein Rechtstitel für ihren Raub gegeben, ohne daß die Reichsregierung bei der finanziellen Notlage des Reiches in der Lage war, den Deutschen, die alles eingebüßt hatten, was sie sich im Laufe des Lebens mühsam erarbeitet hatten, eine irgendwie ausreichende Entschädigung zuteil werden zu lassen. Das freilich konnte keiner in Deutschland annehmen, daß die Sovêtregierung kaum zwei Jahre später die den Deutschen auf Grund des Rapallo-Vertrages „enteigneten" Bergwerke und Liegenschaften im Kaukasus den Amerikanern als „Konzessionen" anbieten würde!

Sonst aber erhielten die Hoffnungen und Illusionen auf einen gewaltigen Aufschwung des Rußlandhandels in den durch keine Kenntnisse getrübten deutschen Wirtschaftskreisen einen neuen Antrieb. Auch die sehr vorsichtigen, ja abmahnenden Berichte, die Dr. Hugo von seiner Reise mit einer deutschen Studienkommission in Sovêtrußland gerade damals veröffentlichte, verhallten ziemlich wirkungslos. Bezeichnend war, daß der Vertreter der Revaler Kaufmannschaft, Herr von Schulmann, der im April die Ostmesse in Königsberg besuchte, seine lebhafte Verwunderung darüber aussprach, wie groß die Zahl der Rußlandoptimisten in Deutschland sei. „Die Nachrichten über Rußland, soweit sie dort die Zustände in trübem Lichte schildern, werden kurzerhand als übertrieben abgetan, während der Rückkehr Rußland zur kapitalistischen Wirtschaftsform, den Dekreten über die Wiedereinschaltung der Privatinitiative eine ungeheuere Bedeutung beigemessen wird und als eine sich gegen-

wärtig schnell vollziehende Gesundung Rußlands ausgelegt werden.“

Auf das Pluskonto des Vertrages konnte die *Rückwirkung auf die baltischen Randstaaten* gebucht werden: diese Kleinstaaten hatten sich gar zu sehr gewöhnt, Deutschland als eine „quantité négligeable“ anzusehen, die sich, wenigstens scheinbar, anbahnende russisch-deutsche Annäherung wirkte hier doch sehr ernüchternd, und man bemühte sich recht auffällig, deutsche Wirtschaft und normale politische Beziehungen zum deutschen Nachbar wieder in das politische Register einzustellen. Diese Nachwirkungen sind wohl dauernd geblieben, während sonst die Erwartungen, die man auf die „weltgeschichtliche große Tat Rathenaus“ gesetzt hatte, sich nur in sehr geringem Ausmaß erfüllt haben. Seine Bedeutung liegt für den rückwärts Blickenden weniger in praktischen Erfolgen, als in der Tat selbst, in der ersten selbständigen Aktion der Reichsregierung, von der man schon verlernt hatte, eine solche zu erwarten.

Aufgabe der deutschen Wirtschaft mußte es nun sein, durch sorgfältige Erkundung der innerrussischen Verhältnisse festzustellen, was sich auf dem Boden des Rapallo-Vertrages ins Werk setzen und durchführen ließe, während die *Sorge der Regierung* sich neben der Bahnbereitung für die deutschen Rußlandpioniere darauf konzentrieren mußte, der *bolševistischen Agitation* in Deutschland entgegenzutreten, die durch den Hinzutritt der deutschen Kommunisten zur Moskauer III. Internationale eine beständige Gefährdung der inneren Sicherheit und Ordnung in sich schloß. Die Parteizersplitterung des deutschen Bürgertums begünstigte die Minierarbeit der moskovitischen Agenten und die Methode, die in dem ewigen Gerede von der Weltrevolution liegt, zielte darauf ab, das Bürgertum einzuschüchtern, indem man ihm als unvermeidliches Verhängnis suggerierte, was doch nie und nimmer Wirklichkeit werden wird, wenn Bürgertum und besonnenes Arbeiterelement die gemeinsame Gefahr erkennen und sich ihr entschlossen entgegenstemmen. In diesen Richtungen bewegen sich die deutsch-russischen Beziehungen seit Rapallo.

IV.

Zweifellos *erlahmte* in den Jahren 1923 und 1924 das *allgemeine Interesse an den russischen Fragen.* Einmal trug dazu die sich schließlich doch mehr und mehr durchsetzende und durch schmerzliche Erfahrungen bestätigte *Erkenntnis* bei, daß die wirtschaftliche Möglichkeit in bezug auf Sovětrußland auf ein sehr bescheidenes Niveau beschränkt blieb, ja, daß Rußland in erster Linie an Auslandanleihen gelegen war, mit deren Hilfe es die heillos verfahrene Wirtschaft, das Transportwesen herstellen und vor allem seine Währung stabilisieren wollte, um dann durch Herstellung einer eigenen

staatlichen Industrie dem Import aus dem Auslande völlig die Türen schließen zu können. Die Mißerfolge deutscherseits — nur eine Dampferlinie nach Petersburg, und einige Handels- und landwirtschaftliche Konzessionen konnten auf die bescheidene Gewinnseite gebracht werden — entmutigten und waren nicht geeignet, neue Versuche zu begünstigen.

Das wäre aber vielleicht doch nicht in dem Maße geschehen, wenn nicht die deutsche Politik und die deutsche Wirtschaft die ganze Zeit hindurch die *Fremdherrschaft im Rhein- und Ruhrgebiet und in der Pfalz* und durch die *Abwehrbestrebungen* so vollständig in Anspruch genommen gewesen wäre, wenn nicht im Osten die *Memelfrage* das deutsche Interesse in zweiter Reihe absorbiert hätte und sich die *innere Spannung* nicht so gewaltsam in dem Münchener Hitler-Putsch entladen hätte. Wir dürfen aber auch an der entsetzlichen Verheerung der *Inflationsperiode* nicht vorübergehen, die eine derartige Unsicherheit im deutschen Wirtschaftsleben und einen so großen Schwund des Nationalvermögens herbeiführte, daß Auslandhandel und große Kombinationen ausgeschaltet schienen. Selbst ein Ereignis, wie die im April 1923 bekannt gewordene schwere Erkrankung Lenins, von der er schließlich sich nicht mehr erholte, ging ziemlich spurlos an Deutschland vorüber. Nur die Tatsache, daß es gerade eine Korona *deutscher Aerzte* war, die zur Konsultion nach Moskau berufen wurde, stand im begreiflichen Mittelpunkt der Erörterungen und bewies, daß die *deutsche Wissenschaft* über alle Politik hinweg ihre *führende Stellung* zu behaupten wußte.

Die äußeren korrekten Beziehungen zwischen Deutschland und Sovětrußland wurden im Frühjahr 1924 durch einen *Zwischenfall mit der Berliner Handelsdelegation* unterbrochen, die, als sich in sie ein auf dem Transport aus Süddeutschland nach Stettin in Berlin befindlicher Kommunist Bozenhardt flüchtete, von der Polizei untersucht wurde. Der russische Botschafter Krestinski schlug großen Lärm über Antastung der „Exterritorialität“ des Gebäudes, ohne daß dafür die vertragsmäßigen Grundlagen vorhanden waren, verließ Berlin und drohte mit dem Boykott des deutschen Handels und Ueberführung nach London. In Moskau und anderen Städten wurden von oben befohlene Demonstrationen gegen die bösen Deutschen inszeniert, und die Presse spie Gift und Galle. Die deutsche Regierung vertrat anfangs mit Energie das Vorgehen der Polizei, dann aber lenkte sie ein, enthob den Polizeileiter seines Postens und schloß nach einigen Monaten ein Abkommen, das nicht anders als ein *Rückzug* anzusehen war. Nachdem schon vorher das amtliche Vertrauen Moskau ausgesprochen worden war, erfolgte ein Vertrag, der die Exterritorialität eines Teiles des Gebäudes der Handelsdelegation und ihrer Beamten anerkannte.

Man hatte auch diesmal das peinliche Gefühl, daß eine Aktion nicht zielbewußt zu Ende geführt, ihr vielmehr die Spitze abgebogen worden war.

Ansätze zu einer Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Sovětrußland sind immer wieder gemacht worden, aber befriedigende Resultate haben nicht erzielt werden können. Mit früheren Zuständen verglichen, ist der Warenaustausch geradezu zwerghaft. Mehr und mehr hat sich auch der Kreise, die im Handel mit Sovětrußland eine Lebensnotwendigkeit gleichsam erzwingen wollten, eine skeptische Zurückhaltung bemächtigt. Das Risiko ist zu groß, und wenn die russische Handelszentrale in Berlin, die bei dem russischen Außenhandelsmonopol die alleinige Vermittlerin des russischen Exports und des deutschen Imports darstellt, sich auch damit brüstet, sie würde von antichambrierenden Vertretern deutscher Firmen geradezu angebettelt, so spürt die Wirtschaft nichts von einem regen Handelsverkehr.

Auch mit den „Konzessionen", die Deutschland in Sovětrußland erhalten hat, ist, vorläufig wenigstens noch, kein Staat zu machen. Was auf diesem Gebiet erreicht worden ist, ist im Grunde unendlich bescheiden. Das beweist ein Anfang November 1924 erschienener symptomatischer Artikel der russischen Berliner Zeitung „Rulj", dem wir folgendes entnehmen: „Vor dem Kriege war Deutschland vor allem am Handel mit Bauholz und Zellulose interessiert. Letzteres führte es zu verhältnismäßig hohen Preisen aus Skandinavien und Finnland ein. Nach der Okkupation Polens bauten 1915 die Deutschen dort eine Zellulosefabrik in Wloczlawsk. Nach dem Verlust Polens wandten die Deutschen ihr Augenmerk vor allem auf Rußland. Der frühere Kanzler Dr. Wirth und der Abgeordnete Dr. Haas erhielten eine Waldkonzession im Gebiet der Meg-Rybinsker Bahn. Das Holz sollte nach Deutschland exportiert und dort verarbeitet werden. Im Oktober 1923 wurden 30 000 Aexte und Sägen nach Rußland abgesandt und die Arbeit aufgenommen. Aber bald zeigte sich, daß die Arbeitsbedingungen nicht entfernt den Voranschlägen entsprachen. Infolge Fehlens von warmer Kleidung, Stiefeln und Handschuhen verringerte sich mit Einbruch des Winters die Zahl der Arbeiter rapid bis auf einige hundert. Die Schwierigkeiten begannen vollends bei dem Bau der Hundertkilometerbahn Byodygoč—Krasnoe auf der Magistrale Meg-Rybinsk. Bei der heutigen Lage der Dinge haben die Konzessionäre keinerlei Zutrauen mehr, daß die großen Unkosten, die mit dem Bahnbau verbunden sind, sich in den nächsten Jahren bezahlt machen können. Die Arbeit ruht so gut wie völlig, und nur ganz außergewöhnliche Ereignisse können sie wieder flottmachen. Es ist kein Wunder, daß eingeleitete Verhandlungen über eine neue Konzession im Gouvernement Wologda augenblicklich

völlig aufgegeben sind. Obwohl die Sovětregierung den Konzessionären auf jede Weise entgegenkommt, kommen die Waldkonzessionen schon seit Monaten nicht aus dem Stadium der Beratungen und vergeblichen Versuche, sie zu realisieren, heraus. So haben die Bolševiken 100 000 Desjatinen Wald westlich von Kotlas unter der Bedingung angeboten, daß die Konzessionäre die Linie von der Station Kotlas nach der Station Pljassowitza bauen, aber das abschreckende Beispiel der Wirthschen Konzession hat die deutschen Unternehmer zur äußersten Zurückhaltung veranlaßt. „Nach anderen Meldungen steht es um die Waldkonzessionen allerdings wesentlich besser. Bei der begreiflichen Zurückhaltung der beteiligten Kreise wird es heute schwer möglich sein, ein abschließendes Urteil über diese Fragen zu fällen. Viel weniger Interesse ist von deutscher Seite der metallurgischen Industrie in Sovětrußland, überhaupt in Rußland auch früher schon, zugewandt worden. Diese erfordert außer großer persönlicher Initiative bedeutende Kapitalien und, wo diese ins Geschäft hineingesteckt werden, müssen absolut unantastbare Garantien gegeben werden, die das heutige Sovětrußland gar nicht geben kann. Außerdem geben sich die deutschen Industriellen wohl der Hoffnung hin, daß die heute „nationalisierten" Fabriken früher oder später in die Hände ihrer früheren ausländischen Eigentümer zurückfallen werden, man also warten könne. Das Gesagte gilt in vollem Umfang auch von den Kohlen- und Eisengruben. Verhandlungen, die mit den schon früher in Rußland stark interessierten Belgiern unter scheinbar recht günstigen Bedingungen wegen Uebernahme der Krivoe-Gruben geführt wurden, haben schließlich doch kein praktisches Resultat gehabt. Verhältnismäßig am günstigsten liegen die Dinge bei den deutschen Landwirtschaftskonzessionen. Die Bauern verhalten sich zu den Konzessionsinhabern durchaus vertrauensvoll. Es erklärt sich das dadurch, daß die Bevölkerung durch das heutige System zermürbt ist und jede nichtsozialistische Organisation überall mit Freuden begrüßt wird, vor allem da, wo sich die Konzessionäre das Recht ausbedungen haben, Arbeiter nach eigener Wahl einzustellen, ohne sich an die bürokratischen Sovětstellen wenden zu müssen. Krupp hat eine landwirtschaftliche Konzession in Südrußland im Gebiet Manyč erhalten. Zu Anfang ergaben sich einige Schwierigkeiten mit den lokalen Sovětbehörden, aber sie wurden durch Vermittlung der Zentralinstanz in Charkov rasch beseitigt. Im August des Vorjahres wurden 600 Desjatinen besät. Im Herbst sollten 2000 Desjatinen unter Kultur genommen werden. Das geschah auch, aber es war nicht möglich, die Ernte einzubringen, da die Aussaat des gesamten Gebietes verdarb. Das Schicksal der Kolonie von Rheinbaben, die im Gebiet der deutschen Kolonisten von Wolhynien ihre Tätigkeit entfaltet, ist im wesentlichen dasselbe wie das der Kruppschen. Die

„Landbaugesellschaft“ endlich, die mit der weitbekannten Sämereigesellschaft Petkus in Verbindung steht, hat 25 000 Desjatinen in Südrußland gepachtet: zehn Prozent sollen im ersten Jahr besät, dreißig Prozent im zweiten Jahr und im Laufe der drei folgenden Jahre die übrigen Flächen bestellt werden. Fünfzig Prozent der Ernte fällt an die Sovětregierung. Die Konzessionäre haben sich verpflichtet, alle staatlichen Steuern bis auf die Dorfsteuern zu bezahlen. Aufgenommen ist die Arbeit noch nicht.

Wir haben nicht die Möglichkeit, die sehr skeptisch gehaltenen Ausführungen des „Rulj“ nachzuprüfen. Vielleicht sind sie um manche Grade zu dunkel. Aber sehr weit entfernt von den Eindrücken, die die aus Ostpreußen, unter lebhafter Anteilnahme der Landwirtschaftskreise, entsandte Studienkommission nach mehrmonatlichen Reisen heimgebracht hat, sind sie nicht gerade. Landwirtschaftliche Konzessionen scheinen unter so manchem Verzicht und Umstellung an die russische Agrarmethode immerhin gewisse Aussichten zu bieten. Aber mag man noch so erwartungsvoll sich stellen, das eine muß leider bestehen bleiben, daß es sich nur um relativ geringfügige Versuche handelt, die so weit von normalen entfernt sind, wie das Sovětsystem selbst von einem normalen wirtschaftlichen Organismus.

Im Anschluß daran sei bemerkt, daß aus der Ignoranz über innerrussische Zustände heraus und unter der Propaganda deutscher Kommunisten deutsche Arbeiter, und namentlich Landlose, insbesondere im Osten Deutschlands, immer wieder Pläne auf Massenabwanderung nach Sovětrußland geschmiedet haben — Pläne, die sich keineswegs nur auf die aus Polen und Wolhynien während des Krieges nach Deutschland gekommenen und hier durch die Ungunst der wirtschaftlichen Lage in Not geratenen deutschen Kolonisten beschränken. Ist es bei letzteren, zumal soweit ihre Familienmitglieder in Rußland zurückgeblieben sind, noch verständlich, daß sie unter völliger Verkennung der Zustände zurück wollen, so würden die reichsdeutschen Arbeiter und Landlosen, die sich durch Landkonzessionen im nördlichen Rußland oder an der Wolga zur Auswanderung verführen lassen, ohne Frage in unsagbares Elend geraten. Die Regierung hat daher völlig recht getan, wenn sie vor solchen uferlosen Plänen nicht nur nachdrücklich warnte, sondern sie unter strenge staatliche Kontrolle stellte und mehrere der roten Siedlungsgesellschaften sehr zweifelhafter Provenienz verbot. Große Sehnsucht nach den Rückwanderern aus Deutschland hat übrigens die Sovětregierung selbst auch nicht: die Paßschwierigkeiten sind wenigstens so groß, daß die Zahl derer, die ihr Ziel erreicht haben, fast an den Fingern abzuzählen ist. Von dem aus Ostpreußen ohne Erlaubnis der Regierung nach Süd-Ost-Rußland abgereisten Deutschen weiß man nur, daß sie am Schwarzen Meer zwar angekommen sind, aber auf den Straßen — betteln!

*

In einem gewissen Zusammenhang mit dieser Frage der deutschen Rückwanderung respektive Auswanderung nach Sovětrußland stehen die Zustände auf kirchlichem und nationalem Gebiet, soweit sie nicht die rechtgläubige russische Kirche und die nichtdeutsche Bevölkerung berühren. Mögen es auch keine direkt politischen Konsequenzen sein, die sich aus ihnen ergeben, so gehören sie zweifellos doch zu jenen Imponderabilien, die eine großzügige, die seelischen Kräfte richtig einschätzende deutsche Politik nicht aus ihrer Rechnung streichen darf, wenn sie nicht im bewußten Widerspruch mit dem nationalen Volksempfinden stehen will, was sich auf die Dauer bitter rächen würde. Es ist bekannt, daß es zu den Methoden der Sovětregierung gehört, nicht die Religion als „Privatsache“ hinzustellen, was etwa der sozialdemokratischen Auffassung entsprechen würde, sondern als ein Verdummungsmittel, als „Opium für das Volk“, das mit Stumpf und Stil ausgerottet werden muß. Der Kampf gegen das Christentum, oder genauer gegen jede Religion, ist die Parole. Mit allen Mitteln sucht man die Religion verächtlich zu machen, eine eigene amtliche satirische Wochenschrift, „Besboznik“ (Der Gottlose), überschüttet sie mit Geifer und plumpem Spott, kirchliche öffentliche Prozessionen und andere Kundgebungen sind untersagt, Ehe, Taufe, Firmelung oder Einsegnung bestehen kirchlich nicht mehr für den Staat, der allen Gemeinden ihre Gotteshäuser fortgenommen hat, um sie ihnen aus Langmut (!) gegen hohe Summen zu verpachten, während die Geistlichen aller Konfessionen sich teuere „Gewerbescheine“ für ihr Handwerk lösen müssen und froh sein können, wenn ihnen ihre Pfarrhäuser, was aber meist nicht der Fall ist, gegen das Vierfache der sonstigen Mietshöhe wieder zurückgegeben werden. Aus der Schule, der grundsätzlich die kommunistische Jugendpropaganda übertragen ist, hat man den Prediger hinausgetan. Er darf aber nicht einmal zu Hause Religionsunterricht erteilen, nicht einmal Konfirmationslehre vor dem 18. Jahr, also nur an sogenannte Mündige. Alle diese Bestimmungen gelten nicht nur für die frühere Staatskirche, sie lasten mit gleicher unbarmherziger Schwere auf den Evangelischen und Katholischen. Von den Verfolgungen katholischer Geistlicher, von denen ein großer Teil beständig im Kerker schmachtet, berichteten Kundige oft, hierbei kommt noch erschwerend hinzu, daß auch für den Sovětrussen Katholik und Pole zusammenfällt, obwohl es unter den Deutschen, namentlich den südrussischen Kolonisten, viele Katholiken gibt. Wenn die deutschen evangelischen Gemeinden um einige kleine Grade milder behandelt werden, so geschieht es lediglich, weil die Zahl nicht

groß, ihr Einfluß auf politischem Gebiet sehr gering ist und ein gewisses Mitleid mit dem „Němec" (dem Deutschen) im russischen Unterbewußtsein tätig ist, aus deren Zahl ja auch so mancher Streiter für die Sache der III. Internationale hervorgegangen ist. Es gibt ja nicht nur im deutschen Vaterlande Kommunisten, sondern auch zu den roten Kämpfern in Sovětrußland stellen Deutsche, sei es Ideologen, sei es Abenteurer aus der Zahl der dortgebliebenen Kriegsgefangenen, sei es „Geschäftstüchtige", die wissen, was Vorteil einträgt, ihr nicht geringes Kontingent. Können sie sich doch „rühmen", zu dem Volke der Feuerbach, Büchner und Moleschott, der Marx, Liebknecht und Rosa Luxemburg zu gehören, die von der russischen III. Internationale als die Väter und Stützen ihres Systems laut gepriesen werden. Aber man täusche sich nicht über die furchtbare Gefahr, in der auch die evangelische Kirche in Sovětrußland schwebt und mit ihr die Zukunft des Deutschtums. Die evangelische Kirche befindet sich in einem jammervollen Zustande. Vier Fünftel aller Pfarren sind nicht besetzt — in Sibirien überhaupt nur drei! —, eine wissenschaftlich-theologische Heranbildung neuer Geistlicher im Lande ist streng verboten, die Anstellung reichsdeutscher Prediger selbstverständlich untersagt. Die Verarmung der deutschen „Bourgeois" hat die Verarmung der Geistlichen im Gefolge gehabt, die Küster und Kantore sind fortgejagt, ihre Tätigkeit in der Schule verboten. Keine Bibel, kein Katechismus, kein Gesangbuch darf vom Auslande eingeführt, ebensowenig aber im Lande selbst gedruckt werden! So wächst — und darauf kommt es den Sovětherren ja an — ein glaubensloses Geschlecht überall heran. Das ist es, was die besten Elemente unter den deutschen Kolonisten, so die Mennoniten, zur Auswanderung treibt, die Sorge um die Jugend, die sie nicht verkommen lassen will. In den einst so berühmten deutschen Kirchenschulen — soweit sie noch in Petersburg bestehen — sucht die kommunistische Regierung auf alle Weise das Heft in die Hand zu bekommen. Schülerräte und ähnlicher Unfug bestehen auch hier, die Kontrolle über die nichtkommunistischen Direktoren und Lehrer ist so streng wie sonst wo, und wenn auch die heutige deutsche Jugend in Tradition und Elternhaus noch einen Halt hat — wie lange wird das vorhalten?!

Und nicht anders ist es mit der Achtung vor fremden Nationalitäten, also hier der deutschen, bestellt. Sovětrußland und die Sovětunion rühmen sich, das Nationalitätenproblem bei sich gelöst und auch in dieser Frage dem faulen Westen den richtigen Weg gewiesen zu haben. Auf den ersten Blick stimmt es, denn in der Sovětunion wird innerhalb der national gegliederten Gebiete ein jeder in seiner Sprache unterrichtet, verwaltet und gerichtet. Aber es scheint nur so, denn in Wirklichkeit handelt es sich lediglich um die kommunistische Schule, um das kommunistische

Gericht und die Sovětverwaltung. Andere kommen nicht in Betracht. Die „Wolgarepublik" der deutschen Kolonisten ist ein rein kommunistisch aufgezogener Sovětstaat und der „Präsident" Kurz ein gesinnungstüchtiger Kommunist. Herr Kurz, der sich im Frühjahr 1925 in Deutschland aufhielt, um eine Anleihe für die Wolga-Kommune aufzunehmen, hat natürlich die Tendenz, die Lage unter den Wolga-Kolonisten auch in bezug auf das national-ethische Moment so günstig wie möglich darzustellen. Aber auch er kann, wie aus der Unterredung des D. V. A.-Vertreters mit ihm hervorgeht, nicht in Abrede stellen, daß der Kurs auf die bewußte Kommunisierung der Jugend geht, sagen wir ehrlich, gehen muß: Das autonome Volkskommissariat für Arbeitswesen, sagte Kurz u. a., habe es jetzt unternommen, neue Lehrbücher zu schaffen, „die selbstverständlich nach den Erziehungsgrundsätzen der Kommunistischen Partei abgefaßt sind". „Diese Lehrbücher sollen nicht nur für das Wolgagebiet eingeführt werden, sondern für das gesamte Deutschtum in Rußland. Hier genießt die Wolgarepublik eine Monopolstellung für alle deutschen Gebiete. Technische Schwierigkeiten haben sich daraus ergeben, daß vor dem Kriege die deutschen Lehrbücher fast ausschließlich in Riga hergestellt wurden, so daß von Grund auf Neues geschaffen werden muß. Infolge der wirtschaftlichen Nöte des Landes bestehen naturgemäß große Schwierigkeiten in der Beschaffung der Lehrbücher für alle Schulen. Hier besteht Neigung, die Hilfe des Reiches auf dem Wege über den für diese Zwecke geschaffenen „Verein für das Deutschtum im Ausland", in Anspruch zu nehmen. In erster Linie kommen wegen der politischen Schwierigkeiten natürlich rein wissenschaftliche Bücher (z. B. Mathematik, Naturgeschichte) in Frage, für die Volksbüchereien auch geeignete schöne Literatur." Das ist klar und nicht mißverständlich. Eine Frage von äußerster Problematik! Welche Faktoren sprechen dafür, welche dagegen, hier helfend einzuspringen, wo wir uns darüber nicht Täuschungen hingeben können, daß es der Sovět-Union natürlich gar nicht um das Deutschtum, sondern um den Kommunismus zu tun ist. Und die Bedenken werden nicht geringer, wenn wir die Rede, die der ehemalige Direktor des Deutschen Realgymnasiums in Tiflis Diplom-Ingenieur Jaeckel lesen, die er kürzlich im V. D. A. gehalten hat. Ausdrücklich sagte er hier, das deutsche Gymnasium in Tiflis sei in eine kommunistische Propagandaschule umgewandelt und die Jugend gezwungen worden, in die kommunistische proletarische Jugendorganisation (Komsol) einzutreten. Der Rückgang innerhalb der deutschen Kolonien hätte rapide Fortschritte gemacht. Die gegenwärtigen Verhältnisse in Transkaukasien böten

keinerlei Gewähr für eine einigermaßen gesicherte Entwicklung. Gewiß, es soll nicht verkannt werden, daß der Entnationalisierung ein gewisser Riegel vorgeschoben ist, aber das Deutschtum, das hier großgezüchtet wird, hat seelisch nichts mehr gemein mit dem schlichten und gottesfürchtigen der Vorkriegszeit, mag auch zurzeit noch der alte Sinn und der Einfluß der Dorfgeistlichen ihnen Halt geben und den roten Prozeß verlangsamen. Wenn wir den Kern der Nationalitätenpolitik in der Sovětunion herausschälen, so besteht er fraglos in dem Vorspann der nationalen Bedürfnisse vor den kommunistischen Wagen, in der Indienststellung des nationalen Gedankens als wirksamen Propagandamittels der Weltrevolution in all den Staaten, in denen völkische Minderheiten den Regierungen Unbequemlichkeiten bereiten, ja schwere Gefahren in sich bergen.

*

Die deutsche amtliche Politik geht an diesen Dingen grundsätzlich vorüber. Sie tut es ersichtlich auch an der russischen Emigrantenfrage, die schon gestreift worden ist. Das Emigrantenproblem ist ein sehr kompliziertes. Die Emigranten bilden heute keine einheitliche, geschlossene Masse, keinen politischen Machtfaktor. Aber werden sie ihn nicht einmal noch bilden? Die deutsche Regierung verneint diese Frage offenbar. Sie hat den Kurs einzig auf „Freundschaft" mit dem bestehenden Regiment eingestellt. Gewiß — in Bälde werden die Emigranten in Deutschland, Frankreich, der Tschecho-Slovakei und Südslavien — um nur die Hauptzentren zu nennen — nicht in die Lage kommen, sich aktiv zu betätigen. Sie kosten nicht nur alle Bitterkeiten des Exils aus, sie zeigen auch alle üblen Erscheinungen von Exulanten, wie Zwietracht und Parteihader, gehen auseinander in Grundfragen der Verfassung und Auslandspolitik. Und doch! Wer davon überzeugt ist, daß das heutige kommunistische System in Rußland nicht Ewigkeitsdauer haben kann und vergehen muß, wenn die Hoffnung auf eine den Westen und Osten erfassende rote Weltrevolution sich endgültig als Chimäre erweist, wird die drei Millionen Russen im Auslande, die Elite der russischen Intelligenz aller Parteien, des alten Beamtentums und der zaristischen Armee, als einen Zukunftsfaktor einstellen müssen, den nicht zu verletzten, sondern mit dem in Fühlung zu bleiben, wahre Staatsklugheit gebieterisch erheischt. Gerade heute, wo weite russische Kreise sich tief enttäuscht von Frankreich abwenden, das mit Sovětrußland eine Wirtschaftsverständigung anbahnt und dabei die russischen Emigranteninteressen rücksichtslos preisgibt, ist es Pflicht, die Brücken zu ihnen in Deutschland nicht abzubrechen. Sie klagen oft darüber, daß ihnen seitens deutscher Dienststellen mit jenem leider nur zu oft beobachteten Unvermögen namentlich unterer Dienststellen der Unterscheidung zwischen den einzelnen Fällen, Aufenthalt und Leben in Deutschland erschwert wird, während andere östliche Elemente und von den sovětrussischen Konsulaten empfohlene zweifelhafte Personen über alle Schranken sich hinwegzusetzen wissen. Daß es unter den russischen Emigranten in Deutschland auch entgleiste Elemente gibt, versteht sich von selbst. Solche soll man, zumal wenn man ihnen nachweisen kann, daß sie bolšewistische, polnische oder französische Spionage treiben, ohne Rücksicht bestrafen oder ausweisen. Aber man hüte sich doch, das Kind mit dem Bade auszuschütten! Behauptungen, wie sie auch in rechtsgerichteten Kreisen laut geworden sind, die russischen Emigranten taugten alle nichts und seien Feinde Deutschlands — die Balten natürlich ausgenommen —, sind ebenso falsch wie gefährlich. Es sei nur daran erinnert, daß der Mann, der aus dem Weltkriege her, das Renommée eines Deutschfeindes hat, der in der Nähe von Paris lebende Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, sich gerade in der letzten Zeit, u. a. dem hochangesehenen Nationalökonomen und Politiker Peter Struve gegenüber, mit großem Nachdruck gegen derartige Beschuldigungen gewandt und erklärt hat, er wisse sich von Sympathien und Antipathien in Sachen der Politik völlig frei. Es sei sinnlos, ihn zu einem Freunde polnischer Aspirationen auf Ostpreußen zu machen. Er kenne nur eine Politik, eine russische. Im Innern aber gelte die Parole: „Rußland für die Russen!" Aber er fügte bedeutsam hinzu: Unsere Freunde im Unglück werden wir nicht vergessen! Und so wie er, denken die übrigen Monarchisten, denen Deutschenhaß völlig fern liegt. Der Russische Rat, dessen Vorsitzender der frühere Abgeordnete Markow ist, hat darüber in öffentlicher Erklärung nicht im Unklaren gelassen.

Das Verhalten der Prager Regierung ist ein anderes und gewiß richtigeres, als das deutsche. Sie hat zahlreichen Russen eine Freistatt bereitet, Prag mit russischer Universität und Gymnasium zum Mittelpunkt eines Teiles der russischen Emigranten, meist der radikal-demokratischen Gruppen, gemacht und hier in diesen Kreisen das Gefühl der geistigen allslavischen Verbundenheit und Dankbarkeit tiefe Wurzel schlagen lassen, das sich einmal praktisch auswirken wird, wenn die heute im Exil lebenden Russen zurückkehren werden in das Vaterland, um unter anderen und besseren Verhältnissen die Cadres der Wiederaufbauer in allen Gebieten aufzufüllen, ohne die ein neues Rußland eine Utopie bleibt. Dann werden sich die Männer und Frauen, die die Hand an die Arbeit legen, mit Dankbarkeit dessen erinnern, was ihnen in dunklen Jahren „das goldene Prag" gewesen ist. Sollte es wirklich nicht auch im deutschen Interesse liegen, ähnliche verpflichtende Empfindungen unter den in Deutschland lebenden

Emigranten zu pflegen? Uns will scheinen, wir trieben zu sehr Politik auf kurze Sicht!

V.

Gewiß, es ist richtig, daß an den Formen der Staatsverfassung und Wirtschaftsordnung, wie an dem Komplex der innerpolitischen Einstellung eines fremden Staates das normal-nachbarliche Verhältnis Deutschland zu ihm nicht scheitern darf, sie mögen uns noch so unbequem und innerlich fremd, ja verwerflich erscheinen. Wir haben nun einmal — dieser Gedanke zieht sich ja durch die gesamten Ausführungen dieser Schrift — Rußland wirtschaftlich nötig, und es kann ein politischer Faktor von ausschlaggebender Kraft für uns werden. Wir brauchen nur an den Baseler Frieden, den Preußen 1795 mit dem Jakobinerstaat Frankreich aus rein politischen Erwägungen schloß, zu erinnern, dessen rotes Regime den Abscheu der gesamten deutschen Welt erregte, wofür Schillers und Goethes Verhalten einen deutlichen Beweis erbringen. Und so wird man auch Dr. Stresemann nicht unrecht geben, wenn er in einer Wahlrede im November 1924 in Osnabrück es ablehnte, eine Rußland feindliche Außenpolitik zu führen. Wir können das schon Polens wegen nicht tun. Aber ein anderes ist der offenbar bewußte Ueberschwang, den die deutsche Auslandspolitik bzw. ihr Vertreter in Moskau, der Graf Brockdorf-Rantzau, immer wieder Moskau gegenüber an den Tag zu legen für notwendig findet. Man sollte das demonstrative Wort „Freundschaft“ nicht an die Adresse eines kommunistischen Staates richten, mit dem uns zwar wirtschaftliche Interessen verbinden könnten, wenn von jener Seite ehrliches Entgegenkommen bewiesen würde, der aber nach seiner ganzen Einstellung der grundsätzliche Feind unserer Staats- und Gesellschaftsordnung ist und automatisch bleiben muß, der im Innern das deutsche Kulturleben vernichtet, soweit es nicht das rote Gewand annimmt, und der der fanatische Zerstörer des Christentums, des Fundaments unserer Gesellschaft, sei es in evangelischer, sei es in katholischer Ausprägung, geblieben ist. Mögen die Staaten in Verbindung miteinander treten, mag die Diplomatensprache da schließlich unverbindliche, warme Töne anschlagen, das deutsche Volk sollte keine Freundschaft hegen für das heutige Rußland, weder für den kommunistischen Orden, der es mit Terror und roten Prätorianern unter der Fuchtel hält, noch für die Ausprägungen des Systems in Justiz, Verwaltung, Schule und Gesellschaftsstruktur, noch endlich für die blöden, stumpfen Massen, die sich unter das Joch beugen. Seine Sympathien gehören, menschlich zum mindesten, vielmehr den Entrechteten und Geknechteten, sei es, daß sie in Sovětrußland selbst leben, sei es, daß sie das bittere Brot der Fremde essen müssen, da das Vaterland und die Heimat ihnen verschlossen sind, solange sie sich selbst treu bleiben.

Es ist, rein objektiv, schon richtig, wenn bei Eröffnung der deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen in Moskau (Mitte November 1924) Graf Brockdorf-Rantzau sagte: „Wenn Rußland Deutschland hilft und Deutschland Rußland unterstützt, so bedeutet das Selbsthilfe“ — aber das Echo aus Moskau, daß es uns wirklich selbstlos, ohne den Hintergedanken der Weltrevolution, helfen will, ist bisher alle die Jahre ausgeblieben. Taten wenigstens haben wir nicht gesehen! Die deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen müssen uns den Beweis dafür erbringen, ob auf sovětrussischer Seite wirklich der ehrliche und ernste Wille vorhanden ist, zu einer Verständigung zu kommen und dem deutschen Handel die Möglichkeit zu geben, in bescheidenem Ausmaß der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse sich ungehindert zu betätigen und damit dazu beizutragen, daß die Verhältnisse in Sovětrußland bessere werden. Die deutsche Regierung und die deutschen Wirtschaftskreise haben es immer und immer wieder bewiesen, wie weit ihr Entgegenkommen geht. Das deutsche Volk weiß, um mit dem Grafen Brockdorf-Rantzau zu reden, was ihm der Weg nach dem Osten bedeutet, und ist entschlossen, ihn zu betreten, nicht als Eindringling, sondern als Freund des russischen Volkes. Nur durch positive Arbeit wird der so dringend nötige Weg zum Aufbau in Rußland beschritten werden können. Sollte der neue Vertrag eine Etappe auf dem Wege zu diesem Ziel darstellen, er würde zugleich eine Zeit fast achtjähriger unfruchtbarer deutsch-russischer Verhältnisse zu einem gewissen Abschluß bringen. Die Zukunft wird es lehren, ob man sich über die Bedingungen und Formen einigen wird, und, was freilich ihnen erst wahres Leben geben kann, ob diese dann im Geist wahrer Loyalität von russischer Seite ausgeführt werden. Aber über die wirtschaftlichen Abmachungen hinaus ist es Notwendigkeit, daß man in Moskau endlich einmal davon abläßt, sich in die inneren Verhältnisse Deutschlands zu mischen, Umsturzpropaganda, unter welcher Firma immer, zu betreiben, und so jedes Vertrauen zu untergraben. Die ungewöhnliche Zurückhaltung des amtlichen Deutschland gegenüber den doch wahrlich zur Kritik herausfordernden Verhältnissen der Sovětunion sollte Moskau lehren, was seine Pflicht ist.

Da stellt sich aber graue Skepsis bei uns ein. Im Augenblick, wo diese Betrachtungen abgeschlossen werden, ist diese nur zu berechtigt. In Rußland zeigt sich neuerdings eine überhebliche Einstellung Deutschland und seinen berechtigten Interessen gegenüber, die uns peinlich berühren muß. Gerade die Handelsvertragsverhandlungen gehen in einem Schneckentempo vor sich, das nicht für den ehrlichen Willen der Sovětunion spricht. Im Frühjahr scheinbar wieder aufgenommen, haben sie, da Moskau nicht die geringsten Zugeständnisse zu

machen bereit ist, so wenig Fortschritte gemacht, daß die führenden Glieder der deutschen Handelsdelegation nach Deutschland zurückgereist sind. Alle Bemühungen, Konzessionen für eine elastischere Handhabung des Außenhandelsmonopols zu erlangen, sind ebenso gescheitert, wie solche auf Garantien gegen die Handelsspionageprozesse, unter denen gerade deutsche angesehene Industrielle und Kaufleute schwer zu leiden haben. Wie unhaltbar die heutigen Rechtsverhältnisse sind, wie sie jeden ernsthaften Handel mit der Sovětunion unterbinden, kann man selbst aus den Publikationen Georg Cleinows erkennen, dessen Vorliebe für den kommunistischen Russenstaat ja allbekannt ist. Es muß ferner im höchsten Grade befremden, daß die Sovětregierung durch das Sprachrohr ihrer Presse die Verhandlungen über den Handelsvertrag in ungehöriger Weise dazu benutzt, um eine Pression auf unsere auswärtige Politik auszuüben. Man mag es ihr nachfühlen können, daß sie den Bemühungen Englands, Deutschland zum Eintritt in den Völkerbund zu bewegen, ebenso besorgt gegenübersteht wie dem Sicherheitspakt im Westen. Kommt es zu einer legalen Verständigung über die deutschen Westgrenzen, so ist es wohl möglich, daß das dort entlastete Deutschland in engere Fühlung mit England tritt. England aber ist fraglos zur Zeit der gefährlichste und ernsthafteste Gegner des Bolschewismus und seiner staatlichen Ausprägung im Sovětreiche. Moskau läßt uns nun in plumper und drohender Weise kund tun, daß die Vorbedingung für Konzessionen beim Wirtschaftsvertrage unsere Verpflichtung sein müßte, dem Völkerbunde fern zu bleiben und den Sicherheitspakt nicht zu ratifizieren. Wir dürften uns nicht vor den Wagen Englands spannen lassen. Diese Verquickung wirtschaftlicher und politischer Momente ist völlig unstatthaft. Deutschland bestimmt seine Auslandpolitik nach eigenen Interessen.

Aber auch dafür müssen wir Sicherheiten erhalten, daß die „Sovětjustiz" nicht als Instrument von Racheakten Anwendung findet, wie in dem in Moskau zu Ende gegangenen Prozeß gegen Dr. Kindermann und die Studenten Wolscht und von Ditmar. Es ist ein Hohn auf jedes Gerichtsverfahren und eine Insolenz gegen Deutschland, was unter der Maske eines Prozesses in Moskau vor sich ging. Es zeigte sich dabei wieder in erschreckender Weise die Unversöhnlichkeit unserer westeuropäischen Rechtsbegriffe, mit denen die Proletarierjustiz, die Vergeltung üben will an unschuldigen, im schlimmsten Fall unvorsichtigen, mit den Gepflogenheiten Moskaus unkundigen, jungen Leuten, weil deutsche Gerichte russische Tschekisten und deren deutsche Helfershelfer zu Fug und Recht verurteilt haben. Da wollte man sich in Moskau „Geiseln" schaffen!

Es kann natürlich nicht in den Rahmen der hier gestellten Aufgabe gehören, die eine wesentlich politische Darstellung

umfaßt, die wirtschaftlichen Probleme der Sovětunion zu behandeln und zu ihnen Stellung zu nehmen, so bedeutsam und ausschlaggebend sie auch für die Politik Deutschlands zu Sovětrußland sind. Es muß da auf die große Reihe von grundlegenden Arbeiten jüngerer deutscher Nationalökonomen hingewiesen werden, nicht zum letzten auf die Publikationen des Breslauer Ost-Europa-Instituts über Währung, Wirtschaft, Eisenbahnwesen, Rechtsverhältnisse u. a. m. Ich nenne in diesem Zusammenhang besonders des Breslauer Privatdozenten und -Assistenten des genannten Instituts Dr. Hans Jürgen Seraphims Schrift „Zur Organisation der russischen Industrie" im „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik" Band 53, Heft 3, die sachlich und vorsichtig die Verhältnisse untersucht und die gegenwärtige Krisis als eine Krisis des ganzen Systems der Sovětwirtschaft bezeichnet. Ich stimme mit dem Schlußsatz der Schrift völlig überein, daß man sich in den leitenden sovětrussischen Kreisen offenbar nicht entschließen will, den einzig möglichen Weg zu gehen, der aus der Krisis hinausführen kann: nicht staatliche Organisation, sondern freie Betätigung des wirtschaftlichen Individuums muß die Losung beim Wiederaufbau Rußlands sein. Kompromisse gibt es in dieser Frage nicht!

Abschließend sei auf einen aus guten Quellen schöpfenden Artikel der „Königsberger Allgemeinen Zeitung" hingewiesen, der den deutsch-russischen Kampf um das Außenhandelsmonopol, wie er im Mittelpunkt der Verhandlungen in Moskau geführt wird, klar herausarbeitet und die Situation so darstellt, wie sie gegen Ende April 1925 — also um Ostern —, dem sorgfältigen Beobachter sich darbot. Es wird hier mit Befriedigung eingangs festgestellt, daß die in Moskau wirkende deutsche Delegation unter Herrn von Kroener ehrlich bemüht gewesen ist, praktische Arbeit zu leisten und schließlich einen Vertrag nach Hause zu bringen, der kein „italienischer Salat" ist. Es heißt dann:

„Mit einem Staate, der seinen gesamten kaufmännischen Bedarf konzentriert hat, könnte man eigentlich auf gleicher Grundlage nur dann verhandeln, wenn man über eine ebensolche Organisation verfügte. Hätten wir aber eine solche Einrichtung wie das Außenhandelsmonopol, so wären wir auch bolschewistisch wie der Sowjetstaat. Wir sind eben der Anschauung, daß das Institut eines Außenhandelsmonopols auf die Dauer wirtschaftlich zerrüttend wirken muß, weil es die individuelle schöpferische Kraft zerstört und einem Schematismus Tür und Tor öffnet. Wir haben natürlich keine Veranlassung, gegen eine fremdstaatliche Organisation anzukämpfen. Aber da nun einmal ein Vertrag nur dann segensreich sein kann, wenn er beiden Teilen gerecht wird, so werden unsere Beauftragten Umschau halten müssen, wie sie einen ähnlichen dynamischen

Wertfaktor schaffen können. Denn darüber sind wir uns doch klar — wir und die Russen —, daß wir als Gleichberechtigte miteinander verhandeln, und daß etwa augenblicklich vorhandene militärische Wertverschiedenheiten uns niemals veranlassen könnten, aus einem wirtschaftlichen Uebereinkommen weniger Vorteile zu erringen als unser Kontrahent. Nach dem, was man hier hört, sind die russischen Delegierten sich der Berechtigung eines solchen Standpunktes bewußt, und das hat den Gang der Verhandlungen wesentlich erleichtert.

Es gab zu Anfang der Verhandlungen, die neuerdings eröffnet wurden, einige Meinungsverschiedenheiten über den Umfang des zur Verhandlung Stehenden. Die deutschen Delegierten verlangen mit Recht Sicherheiten gegen Uebergriffe der Sowjetregierung gegen in Rußland Handel treibende deutsche Kaufleute. Sie sind der Ansicht, daß es — nur ein Beispiel anzuführen — nicht vorkommen dürfe, daß Vertreter der G. P. U. (Geheimpolizei) eines Tages in den Schubläden seines Schreibtisches Umschau halten, um sich zu überzeugen, daß Herr Lehmann, Vertreter von Müller, keine Handelsspionage treibe. Das soll heißen: Sowjetrußland muß nicht mehr voraussetzen, daß jeder Ausländer bemüht sei, gegen die Gesetze des Landes zu verstoßen. Es muß im Gegenteil annehmen, daß ein Kaufmann, den es mehr oder weniger generaliter zum Handel verstattet ist, solange als unverdächtig anzusehen ist, als er nicht Beweise für ein ungesetzmäßiges Verhalten gegeben hat. Hat er aber das wirklich getan, so muß ihm unter allen Umständen Gelegenheit gegeben werden, sich zu rechtfertigen. Und zwar öffentlich und vor den ordentlichen Gerichten des Landes.

Die deutsche Handelsdelegation ist bemüht, hier den Boden für die Möglichkeit dauernden Aufenthaltes Deutscher in Rußland abzustecken. Sie faßt ihre Aufgabe sehr richtig auf, weil sie den deutschen Landsleuten dazu verhelfen will, mit ihrer Familie hier unter denselben Gewohnheiten zu leben, die sie aus der deutschen Heimat in die Fremde mitgebracht haben. Die Delegation ist deshalb bestrebt, es Herrn Lehmann und anderen zu ermöglichen, daß er seinen Kindern in Rußland die Erziehung geben kann, die zu seiner Ueberlieferung paßt. Wir Deutschen stehen nun einmal auf dem Standpunkt, daß es nicht richtig ist, die Kinder in der Idee groß zu ziehen, der Staat habe mehr Rechte an ihnen, als die Eltern. Wir sind in der Mehrzahl nicht unreligiös und wollen, daß unsere Kinder in uns geläufigen ethischen Grundsätzen erzogen werden. Darum sagten unsere Delegierten, sie müßten darauf bestehen, daß der Schulzwang des Sowjetstaates nicht auf die Kinder Deutscher, die sich in Rußland niederlassen, erstreckt werde.

Es wird jedenfalls interessieren, zu erfahren, was im Rahmen des eigentlichen Handelsvertrages bereits erreicht sei. Nicht zu vergessen auf dem Gebiete des gewerblichen Rechtsschutzes

und des Urheberrechtes. Erreicht ist folgendes: Die deutschen Delegierten haben vor ihrem diesmaligen Eintreffen ausdrücklich erklärt, daß sie mit präzisen Vorschlägen herkommen. Die Russen haben sich diese Vorschläge angehört. Sie haben ihnen nicht widersprochen. Aber sie haben zu verstehen gegeben, daß die Durchführung der deutschen Vorschläge in das politische Gebiet insoweit hinübergreife, als sie unbedingt eine Durchlöcherung des Außenhandelsmonopols bedeute, worauf die deutsche Delegation erwidert hat, daß sie sich dieses Umstandes sehr wohl bewußt sei. Daß es aber nur zwei Möglichkeiten gebe: entweder die uneuropäische Starrheit des Außenhandelsmonopols, das Rußlands Wirtschaft von der ganzen Welt abschlösse, in weniger rigorose Formen zu drängen oder aber überhaupt von einem Handelsvertrag abzusehen. Es habe keinen Wert, mit Worten zu jonglieren und die Intaktheit einer Instruktion anzuerkennen, wenn die kaufmännische Praxis das unmögliche mache. Man arbeite nach Uebereinkunft auf der Grundlage billigen Ermessens der Rücksichtnahme auf beide Vertragsteile. Darum sei es nötig, daß den starren Formen des Außenhandelsmonopols mehr Biegsamkeit gegeben werde. Sowjetrußland mache ja Konzessionen dem Privatkapital, das es vor Jahr und Tag ausrotten wollte. Darum also. — Bei diesem ‚Darum also‘ ist man stehen geblieben.“

So standen die Dinge um Ostern. So stehen sie noch heute. Herr von Kroener ist nicht mehr nach Moskau zurückgekehrt. Graf Rantzau leitet die Verhandlungen jetzt selbst — aber weiter ist man nicht ein Stück gekommen. Der Ton der Moskauer Presse gegen uns ist aber immer gehässiger und verletzender geworden. Immer von neuem droht man uns mit einer Verständigung mit Frankreich, um uns einzuschüchtern, und spielt, wie oben bereits gesagt, die Auslandspolitik in die Wirtschaftspolitik hinein. Aber Erfolg haben die Russen bisher nicht gehabt und die unzweideutige Meldung fast aller großer deutscher Handels- und Industrie-Organisationen, die dringend der Regierung von unzeitgemäßen Konzessionen abraten, wird die deutschen Unterhändler in die Lage versetzen, dem unanständigen Drängen der Russen ein Nein entgegenzusetzen. So selbstverständlich es ist, daß Deutschland zu einem Abkommen mit Rußland kommen will, ebenso selbstverständlich ist es, daß wir nichts aufgeben, wenn wir nichts anderes dafür eintauschen. Wir sind in einer weit besseren Position als Moskau:

Festzubleiben ist daher unsere Parole — denn wir können warten!

Druck: Montanus-Druckerei GmbH., Berlin W 35, Kurfürstenstraße 146/147.